Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38. Donnerstag, den 14. Februar 1895. 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Konstituirende Sitzung der sozialdemokratischen Agrarkommission.

Berlin, 11. Februar 1895.

Die auf dem Frankfurter Parteitag gewählten Mitglieder sind gestern Nachmittag halb drei Uhr im Zimmer der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage erschienen; verhindert an der Theilnahme waren Baßler-Stuttgart, der bei der Stichwahlagitation in Württemberg thätig ist, und Schippel, der sich zur Zeit im Gefängniß befindet. Zum Vorsitzenden wird Liebknecht, zum Schriftführer Geck ernannt. Die Debatte beschäftigt sich formell hauptsächlich mit der Frage, welche praktische Eintheilung für das Zusammenarbeiten der Kommission zu wählen ist. Es handelt sich vornehmlich um die beiden Auffassungen, ob das Studium der Agrarfrage nach der sachlichen Unterscheidung der landwirthschaftlichen Betriebsarten (Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb) vorzunehmen, oder ob die Gesammtheit der ländlichen Entwickelung nach geographisch abgegrenzten Distrikten zu untersuchen sei. Man einigte sich schließlich, unter gewissen Modifikationen die letztere Methode zu wählen.

Sodann erörterte man in einer sehr eingehenden sachlichen Diskussion alle die Gesichtspunkte, die in früheren Debatten behandelt und angeregt wurden; und man kam, nachdem in allen wesentlichen Punkten eine volle Verständigung erzielt worden war, zu folgendem einstimmig gefaßten Beschluß:

Die Kommission beschließt:

a) Der Agrarausschuß bestimmt aus seiner Mitte ein Mitglied — Sekretär —, welches die Aufgabe hat, während der Arbeit der einzelnen Unter-Ausschüsse (siehe b) mit diesen in beständiger Beziehung zu bleiben, zur Sammlung und Zuweisung des Materials beizutragen und auf eine gemeinsame praktische Richtung der einzelnen Ausschußarbeiten hinzuwirken.

b) Der Agrarausschuß theilt sich in drei Unterausschüsse dergestalt, daß der eine den Süden Deutschlands: Elsaß-Lothringen, Baden, beide Hessen (mit Hessen-Nassau), Württemberg, Bayern; der andere die Mitte Deutschlands: Rheinland, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Thüringen, beide Sachsen; der dritte den Norden Deutschlands: Ostelbien, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zu bearbeiten hat. Die drei Unterausschüsse haben das Recht, alle zur Erfüllung ihrer Aufgabe nöthigen Schritte zu thun; sie haben jeder für sich das vorhandene Material innerhalb der ihnen zugewiesenen Bezirke in möglichst rascher Zeit zu bearbeiten und die Ergebnisse schriftlich niederzulegen.

c) Der Gesammt-Agrarausschuß tritt im Laufe des Frühjahrs zu einer neuen Berathung zusammen, um Vorschläge entgegenzunehmen und zu diskutiren, die sich auf eine etwaige Ergänzung des Parteiprogramms mit Rücksicht auf die Agrarverhältnisse beziehen.

* * *

Die Unterausschüsse, welche das Recht der Kooptirung (Zuziehung von Mitgliedern) haben, sind wie folgt zusammengesetzt:

Süden: David, Geck, Baßler, Bock, Vollmar;
Mitte: Bock, Katzenstein, Hug, Schulze (Cossebaude), Quarck;
Norden: Liebknecht, Bebel, Molkenbuhr, Schippel, Schoenlank.

Zum Sekretär des Agrarausschusses wurde Dr. Quarck ernannt.

Nach Schluß der Berathungen traten die Unterausschüsse für Süden und Mitte zusammen, um sich zu konstituiren und um die Referenten zu ernennen. Von ersterem wurde Dr. David, von letzterem Dr. Quarck gewählt. Der Unterausschuß für den Norden wird sich erst nach der Haftentlassung Schippel's konstituiren.

Die Verhandlungen währten am Sonntag von 1/2 3 Uhr bis 8 Uhr, am Montag von 10 Uhr bis 1 Uhr. —

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, 12. Februar 1895.

35. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. v. Bötticher, v. Stephan u. A.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt mit dem Reichsamt des Innern, Titel „Staatssekretär".

Abg. Dr. Hitze (Z.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) tritt für Erweiterung des Fabrikinspektorats ein. Die Kompetenz der Inspektoren müsse vergrößert, die Bezirke müßten verkleinert werden. In Preußen habe ja die Regierung schon einigermaßen Abhilfe geschaffen, aber im übrigen Reiche sei noch viel zu wünschen. Die Zahl der Fabrikinspektoren habe wohl eine Vermehrung erfahren, genüge aber heute nicht mehr den Anforderungen. Eine gute Organisation des Fabrikinspektorats sei für die Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung von größter Wichtigkeit. Ohne Kontrole ständen die Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze nur auf dem Papiere. Scharfe Ueberwachung der Werkstätten und Fabriksäle halte er im Interesse der Krankheits- und Unfallverhütung für durchaus geboten. Er habe nichts dagegen, daß weibliche Fabrikinspektoren für Betriebe, in denen nur weibliche Personen beschäftigt werden, angestellt würden.

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vg.) findet, daß die Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren einen Fortschritt bedeutet, bedauert aber gleichzeitig, daß in Preußen die Zahl der Betriebsrevisoren (Kesselrevisoren) eine Verminderung erfahren habe Er halte die Personalunion von Fabrikinspektor und Kesselrevisor für einen Fehler. Für den Fabrikinspektor sollten keine Examina erforderlich sein, man solle diese Stellen tüchtigen, praktisch erfahrenen Arbeitern offen halten.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Frage der Verbindung der Kesselrevisionen mit dem Fabrikinspektorate sei nicht Reichssondern Landessache, es werde also nichts weiter übrig bleiben, als diese Frage in den Landtagen zur Sprache zu bringen.

Abg. Fischer (SD): Bei Berathung der Interpellation Hitze habe die Regierung kein Hehl daraus gemacht, daß sie glaube, die Sozialreform komme nur der Propaganda der Sozialdemokratie zu Gute. Man könne sich danach eine Vorstellung machen, wie es mit der Handhabung der bisher bestehenden Arbeiterschutzgesetze aussehe. In Arbeiterkreisen glaube man, daß die Regierung nun ihre geistigen Waffen vor der Sozialdemokratie gestreckt habe. Vertrauen wenigstens konnte der Erlaß des Reichskanzlers, daß die Fabrikinspektoren kritische Bemerkungen in ihren Berichten nur streng sachlich machen sollten. Uebermächtig reich an kritischen Bemerkungen waren doch die bisherigen Berichte der Fabrikinspektoren nicht, wenn man absieht von den wohlwollenden Aeußerungen, die für die Wohlfahrtseinrichtungen gewisser Arbeitgeber darin enthalten sind. Redner kritisirt des Weiteren die Berichte der Fabrikinspektoren selbst, die zu wenig Rücksicht auf die wirthschaftliche Lage der Arbeiter nehmen. Aber selbst aus diesen Berichten gehe hervor, daß die Lebenshaltung der Arbeiter keine bessere geworden sei. Man finde vielfach darin Berichte über Einschränkung der Arbeitszeit, über größere Arbeiterentlassung, dabei könne man sich des Verdachts nicht erwehren, daß die Berichte noch eine schönfärberische Tendenz erhalten haben. Die Zusammenstellung der Berichte durch die Regierung trage den Stempel der Tendenzmalerei an der Stirn. Sowohl Herr Hitze wie Herr Pachnicke haben den Klagen über mangelnde Kontrole der Inspektoren Ausdruck gegeben. Herr Hitze will aber die Stellung des Fabrikinspektors nicht von der des Kesselrevisors trennen. Es ist aber gar kein Zweifel, daß die Thätigkeit der Fabrikinspektoren sehr durch die gleichzeitige Thätigkeit als Kesselrevisoren beeinträchtigt wird. Die Fabrikinspektoren von Oppeln und Duisburg z. B. geben das ausdrücklich zu. Ebenso geben das die Gewerbeaufsichtsräthe zu, besonders der Aufsichtsrath von Merseburg. Unsere schon früher ausgesprochenen Befürchtungen sind also eingetroffen, der ganze Vortheil des Fabrikinspektorats ist so gut wie aufgehoben. Es ist ja eine Steigerung der Revisionen eingetreten, aber das beweist an sich gar nichts, da man nicht weiß, wie sehr die Zahl der Betriebe und der Arbeiter gestiegen ist. Die Unternehmer der Großbetriebe stellen sich hier immer als Diejenigen hin, die die Fabrikinspektoren bei ihrer Arbeit besonders unterstützen. Dem gegenüber ist es doch wunderbar, daß in fast allen Berichten über das mangelnde Entgegenkommen der Unternehmer von den Inspektoren geklagt wird. In vielen Berichten heißt es dem Arbeitgeber mangele jedes Verständniß für den Arbeiterschutz. Ein Fabrikinspektor muß sich sogar darüber beschweren, daß er die Fabrik nur erst mit vorheriger Erlaubniß des Beisitzers betreten durfte. In Potsdam haben sich Unternehmer bei der Regierung über eine plötzliche, vorher nicht angemeldete Revision der Polizei beschwert und die Regierung hat ihnen sehr entgegenkommend geantwortet, die Revisionen sollten in Zukunft unter Hinzuziehung der Unternehmer erfolgen. Bei solchem Verfahren verlieren die Gewerbeaufsichtsräthe völlig ihren Werth. Ein Bericht enthält die Thatsache, daß ein hervorragender rheinischer Industrieller die Drohung ausgesprochen habe, jeden Arbeiter zu entlassen, der in Verbindung mit dem Fabrikinspektor trete. Das ist amtlich beglaubigt, da kann man nicht von sozialdemokratischer Verhetzung reden. Der Abneigung der Unternehmer gegen das Fabrikinspektorat müssen sich die Abeiter fügen, sie wagen es aus Angst vor Entlassung nicht, die Sprechstunde zu besuchen, welche der Fabrikinspektor, also der ihnen gesetzlich gegebene Berather, für sie ausschreibt. Erfüllt ein Fabrikinspektor seine Pflicht, d. h. sieht er den Unternehmern scharf auf die Finger, so beschweren sich die Herren Industriellen und der Inspektor wird „versetzt". Der Arbeiter wird über die ihm zustehenden Rechte nicht unterichtet und die Arbeiterpresse die das thun will, wird von Behörden und Unternehmern unterdrückt. Wenn Sie eine wirkliche Sozialreform wollen, so dürfen Sie die Arbeiterbewegung nicht hindern. Einzelne Inspektoren haben das auch eingesehen und wollen nunmehr mit den Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften in Verbindung treten. Es frägt sich nur, wie sich die Regierung dazu stellen wird. Wenn solche Ansichten, wie sie Herr von Stumm hegt, maßgebend sind, ist nicht viel Hoffnung dafür vorhanden. Wie sich das Unternehmerthum gegen die Arbeitsausschüsse stemmt, gehe auch aus zahlreichen Berichten hervor. Die Thätigkeit der Ausschüsse ist danach eine ganz bedeutungslose und sie sind in keiner Weise geeignet, die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapitalismus zu mildern. Aehnlich verhält es sich mit der Bedeutung der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen. „Mangelhaft, unsauber und klein", so lauten die Urtheile über die meisten dieser Einrichtungen, nur selten wird einmal volles Lob gespendet. An einer Stelle heißt es „die Lagerstätten sind meistens zweischläfrig, auch dreischläfrig schmutzig und von Ungeziefer gefüllt und ebenso jammervoll wie die Wohnung ist der Lebensunterhalt." Der Bericht des Reichsamts des Innern stellt das fest, Abhilfemaßregeln giebt es aber nicht. Bei solchen Zuständen fordern wir Entlastung der Fabrik-Inspektoren von den Kesselrevisionen, wir fordern weiter, daß nicht bloß Techniker, sondern auch Aerzte und sozialpolitisch gebildete Leute für diese Stellen verwendet werden. Die Inspektoren, die jetzt vornehmlich auf die Ortspolizei angewiesen sind, sollen künftig selbst Polizei sei. Die Ortspolizei könne oft beim besten Willen ihre Aufgaben nicht erfüllen, oft fehlt auch der gute Wille. Weiter müssen Arbeiter für die Stellen der Gewerbe-Aufsichtsräthe herangebildet werden. Es wird sich nicht jeder Arbeiter dafür eignen, geeignete Elemente finden sich aber reichlich im Arbeiterstande, das beweist England, das haben auch die Herren Hitze und Pachnicke anerkannt. Weiter müssen zu den Gewerbe-Aufsichtsräthen Frauenspersonen herangezogen werden. Einen speziellen sozialdemokratischen Charakter hat diese Forderung nicht, denn sie wird auch in einer Petition aufgestellt, die von bürgerlichen Frauen ausgeht. Mit den vorsündfluthlichen Standpunkt der Bevormundung der Frauen muß endlich gebrochen werden. Endlich stellen wir die Forderung, daß die Gewerbe-Aufsicht auch auf die Hausindustrie, das Handwerk und die Schiffer ausgedehnt wird. Ich habe diese Mißstände vorgetragen, um die Nothwendigkeit der Arbeiterfürsorge zu zeigen. Sie sagen vielleicht, es geschah nur, um zu verhetzen. Nun Sie haben es ja in der Hand, legen uns das Hetzhandwerk, indem Sie Abhülfe schaffen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rösicke (wildliberal): Der Vorredner hat vielfach zu schwarz gemalt, er hält sich und seine Parteigenossen für reine Götter. (Heiterkeit.) Bei einiger Objektivität hätte die Rede doch anders lauten müssen. Er habe sich aber zum Wort gemeldet, ob die Regierung beabsichtige, eine Bestrafung des Boykotts herbeizuführen. Er halte nach den Erfahrungen, die er gemacht habe, eine solche Bestrafung nicht für nützlich. Er sei wirklich sachverständig; das Braugewerbe, dem er vorstehe, sei wirklich das einzige, gegen das bisher ein Boykott im großen Stile unternommen worden sei. Die Bestrafung des Boykotts habe keinen praktischen Zweck und man werde nur erreichen, daß statt des öffentlichen ein heimlicher Boykott inscenirt werden würde. In Dresden habe man gegen den Boykott den groben Unfugparagraphen angewendet und der Boykott habe doch mit einem Erfolge der Sozialdemokratie geendet. Ja vielleicht gerade deshalb. Man hat noch andere Mittel als den heimlichen Boykott; man sagt nur einfach: „Trinkt das Bier von Dem und Dem!" Wer nicht genannt ist, von dem wissen die Arbeiter ganz genau, daß er boykottirt ist Es werde also nichts anderes übrig bleiben als die Selbsthilfe. Redner geht des Näheren auf die Geschichte des Berliner Bierkrieges ein und bestreitet, daß er vor dem Herrn Singer kapitulirt habe. Er wendet sich gegen die konservativen Organe, wie „Post" und „Kreuzzeitung", die ihm unlautere Motive, die Erreichung materieller Vortheile beim Abschlusse des Friedens supponirt hätten. Wer ihn kenne, werde eine Vertheidigung von ihm nicht verlangen, aber da seine ganze Berufsgenossenschaft angegriffen sei, müsse er antworten. Die Geschichte des Bierkrieges begann mit einem Böttcherstreik, der ungerechtfertigt, ja frivol zu nennen sei. Die Brauereien antworteten mit weiteren Arbeiterentlassungen und daraufhin wurde der Boykott erklärt. Was die Entlassungen anbetrifft, so wird hier Niemand Widerspruch erheben, wenn ich sage, das Recht der Entlassung stand den Brauereien rechtlich zu. Die Arbeiter gebrauchen ja auch ihr Koalitionsrecht zu plötzlicher Arbeitsniederlegung.

Präsident von Levetzow: Herr Abgeordneter, Sie haben noch kein Wort über das Gehalt des Staatssekretärs gesagt. (Große Heiterkeit.) Sie erzählen nur von einem bestimmten Berliner Vorgang; das gehört meiner Ansicht nach nicht hierher.

Abg. Rösicke (fortfahrend): Ich will mich nur darauf beschränken, daß es Sache der Zukunft sein wird, geordnete Arbeitsvermittelungen einzuführen; die Brauereien haben bereits einen Arbeitsnachweis gegründet, der ja schon vielfach Gegenstand der Erörterungen gewesen ist. Auf die Frage der Bestrafung des Boykotts zurückkommend, sagt der Redner, wenn die bürgerlichen Parteien zusammenhalten, werden sie solche Ausschreitungen auch ohne Polizei und Gericht wirksam bekämpfen können.

Abg. Singer (SD.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß er Herrn Rösicke antworten wollte. Nachdem aber der Herr Präsident dem Abg. Rösicke das Wort abgeschnitten, verzichte auch er jetzt auf das Wort und behalte sich vor, Herrn Rösicke bei einer andern Gelegenheit zu erwidern

Abg. Wurm (S.) empfielt die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Herr Rösicke beschwerte sich, daß mein Fraktionsgenosse Fischer durch eine bestimmte Brille Alles zu schwarz gesehen habe. Aber viel Lobendes hat Herr Rosicke auch in den Berichten der Fabrikinspektoren nicht gefunden, sonst hätte er es wohl vorgetragen. Wir erkennen an, daß die Inspektoren wahrheitsliebend berichten, es gereicht nur den Inspektoren selbst nicht zum Vortheil. Die Versetzung des Inspektors Jäger von Köln nach Lüneburg z. B. ist doch kein Avancement. Ich möchte noch einen Punkt, der dringend gesetzlicher Regelung bedarf, hier vorführen. Es handelt sich um die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter. Die einzige Folge des bisherigen Kinderschutzes ist die gewesen, daß die Kinder aus den Fabriken in die Hausindustrie gekommen sind, wo sie noch viel

schlimmer ausgebeutet werden. Die Fabrikinspektoren sind einfach machtlos dagegen, so lange ihre Befugnisse nicht auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Die Berichte enthalten mehrfach die Behauptung, daß die Unternehmer die Kinder zur Lüge den Fabrikinspektoren gegenüber verleiten bei Fragen nach dem Alter u. s. w. Der Kapitalismus zerstört die Familie. Der Lohn des Mannes ist so gering, daß die traurige Thatsache zu konstatiren ist, daß Eltern die Fabrikherren gebeten haben, ihre Kinder wieder in die Fabrik hineinzulassen. Ein Bericht erzählt, in einem Betrieb werden Kinder täglich 16—17 Stunden beschäftigt, Eßpausen treten nicht ein. Brod wird den Kindern in den Mund gesteckt. Das muß ein preußischer Fabrikinspektor über das Unternehmerthum berichten, das sich so arbeiterfreundlich gebärdet. Redner tritt für Verbilligung des Preises der Berichte der Fabrikinspektoren ein, die jetzt 8 Mark kosten, ein Preis, der es den Arbeitern unmöglich mache, sich die Berichte anzuschaffen, der selbst Vereinen zu hoch sei, um die Berichte für die Vereinsbibliotheken anzukaufen. Die Revisionen müssen plötzlich und unangemeldet erfolgen, sonst hat der Unternehmer die Möglichkeit, uns das allerschönste Gaukelspiel vorzumachen, daß in seiner Fabrik Alles in schönster Ordnung sei. Eine Reorganisation des Fabrikinspektorats werde am zweckmäßigsten in der Weise herbeigeführt, daß man die s. Z. von seiner Partei vorgeschlagenen Arbeitsämter und Arbeitskammern einführe, die dann den Fabrikinspektoren als ergänzende Organe zur Seite stehen könnten. Eine bedauerliche Erscheinung sei es, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter so erheblich gewachsen sei. Das beweise die Verschlechterung der Arbeitslöhne. Wenn das Inspektorat nicht weiter ausgebaut wird, wenn es einzuschränken versucht wird durch solche geheime Erlasse, wie sie Koll. Fischer vorgebracht hat, so werden Sie die Arbeiter nicht zufrieden machen.

v. Frege (D.-Cons.): Die Diskussion habe einen sehr weiten Rahmen angenommen. Er wolle nur konstatiren, daß gerade von seinen Parteifreunden schon in früheren Jahren auf die Uebelstände in den Fabriken aufmerksam gemacht worden sei. Die Centralisation der Industrie sei an den schlechten Verhältnissen besonders Schuld, und die Sozialdemokraten könnten helfend eingreifen, wenn sie die Arbeiter abriethen, dahin zu gehen, wo die Industrie massirt sei, wo also Arbeit nicht mehr zu finden ist. Mit dem Vorredner beklage er die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter. Es gebe gute und schlechte Unternehmer; Unternehmer, bei denen Arbeiter 30 Jahre und länger arbeiten, aber auch andere Unternehmer, Leute aus dem Osten, deren Ueberwuchern seine Parteifreunde durch einen Gesetzentwurf, der ein Einwandern fremder Juden verhindern solle, beschränken wollten. Die Erziehung der jugendlichen Arbeiter lasse viel zu wünschen übrig. Die Unzufriedenheit werde nur durch die sozialdemokratische Verhetzung so geschürt. Die Vorwürfe gegen die Ortspolizeibehörden, welche die sozialdemokratischen Redner erhoben hätten, seien unberechtigt, es seien pflichttreue Beamte, welche die schwere Aufgabe, die ihnen die soziale Gesetzgebung aufbürdet, mit großem Ernst zu lösen suchen. Gute und treue Arbeiter fänden auch warmherzige Liebe bei der konservativen Partei.

Ein Schlußantrag wird darauf angenommen, die Position wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die übrigen Positionen bis zu dem Titel „Seeämter."

Das Haus beschließt vor der Erledigung dieses Titels die Vertagung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Auf der Tagesordnung: Initiativanträge.

Schluß 5¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagsauflösung wegen Marineforderungen? In den „B. P. N." heißt es:

„In Marinekreisen besteht hinsichtlich der Bewilligung eines Panzerkreuzers seitens des Reichstags keine sehr große Zuversicht. Wir glauben, daß diese Bewilligung wie überhaupt die Marinefrage, vor der Deutschland thatsächlich steht, wesentlich von dem Maße von Entschlossenheit abhängt, mit welchem die Regierung für diese Zwecke auf alle Konsequenzen hin eintritt."

Also Reichstagsauflösung bei Nichtbewilligung? Wir sind gefaßt, zumal wenn die Umsturzvorlage und die Tabaksteuer auf den Panzerkreuzer draufgepackt werden.

Mit der Branntweinsteuernovelle soll sich nach der „Post" der Bundesrath schon in der nächsten Sitzung beschäftigen.

Zu den Stichwahlen in Württemberg hat der Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs ein Rundschreiben erlassen, in dem folgende Parole enthalten ist: Der Landesvorstand empfielt den Genossen in den Bezirken, wo die Partei ausschlaggebend ist, sich an den Stichwahlen zu betheiligen, und denjenigen Kandidaten zu Fall zu bringen, der auf Grund seiner Parteizugehörigkeit als ein Feind der freiheitlichen Entwicklung angesehen werden muß. Für diejenigen Bezirke, in welchen keiner der zur Wahl stehenden Kandidaten Gewähr für den Schutz dieser Grundlagen eines demokratischen Staates bietet, wird Stimmenthaltung empfohlen. — Das Präsidium des württembergischen Kriegerbundes fordert dagegen die Kameraden der Bezirke Stuttgart-Stadt, Stuttgart-Amt, Aalen, Cannstatt und Eßlingen auf, eingedenk der Statuten bei den bevorstehenden Stichwahlen keinem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. — Wir denken: In Kriegervereinen darf keine Politik getrieben werden?

Ueber die Einwirkung der zweijährigen Dienstzeit auf die Disziplin der Soldaten machte die Militär-Verwaltung in der Sitzung der Budget-Kommission des Reichstags am Samstag eine interessante Mittheilung. Abg. v. Kardorff bemerkte, daß man vor Einführung der zweijähriger Dienstzeit die Befürchtung ausgesprochen habe, es möge der Umstand, daß jeder Soldat künftig, auch abgesehen von der Führung, der Entlassung nach dem zweiten Dienstjahr sicher sei, nachtheilig auf die Disziplin zurückwirken, da die Dispositions-Beurlaubung bisher auch als eine Prämie für gute Führung gegolten habe. Es sei deßhalb von Interesse, zu erfahren, welche Wahrnehmungen die Regierung nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Berlin die Zahl derjenigen Soldaten, die in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt und einer Disziplinar-Abtheilung überwiesen wurden, ganz erheblich abgenommen habe. — Das haben wir schon vorausgesehen.

Einen Riegel schiebt die „Köln. Volksztg." vor, um die Vertreter des Zentrums bei der Abstimmung über § 112 der Umsturzvorlage keinen dummen Streich begehen zu lassen. Sie weist nach, daß die Formulierung dieses Paragraphen durch das Zentrums noch weit gefährlicher ist, als die Fassung in der Regierungs-Vorlage." „Wir haben geglaubt, diese kurzen Erwägungen anstellen zu sollen, ehe zur Abstimmung über den § 112 geschritten wird", so schreibt das Zentrumsblatt am Schlusse seines Artikels. — Das läßt tief blicken.

Ein solches Bild hülfloser Verlegenheit, wie Montag die deutsche Reichsregierung, hat wohl noch niemals eine Regierung geboten, schreibt der „Vorwärts. Und wodurch diese hülflose Verlegenheit? Durch die einfache Frage des Abgeordneten Richter: wie konnte die Reichsregierung kaiserliche Erlasse, die nicht von einem Minister gegengezeichnet sind (wie die Februar-Erlasse, die Entlassung Bismarck's 2c.) im Reichsanzeiger veröffentlichen und ihnen Gesetzeskraft zuerkennen? Der neue Reichskanzler war wie aus den Wolken gefallen und blickte, wie nach einer Antwort suchend, um sich. Die Herren Bötticher, Berlepsch und Köller umdrängten ihn, um Rath einzuflüstern — sie, deren Gesicht mit peinlicher Deutlichkeit verrieth, daß sie selber ohne Rath waren. Und schließlich, nachdem schon einem anderen Redner das Wort ertheilt war, hatte der neue Reichskanzler eine Antwort gefunden, die nur ein Ausweichen war, und wahrhaftig kein geschicktes. Herr v. Bötticher kam seinem Chef zu Hülfe, allein, was läßt sich sagen, wenn man weiß, daß die Wahrheit nicht gesagt werden kann? Die Beispiele persönlichen Regiments, die der Abgeordnete Richter mehr andeutete als anführte, und denen er die Inschrift: Verfassungsbruch an die Stirn klebte, ließen in das Wesen unserer inneren Politik einen Einblick thun, so beschämend, daß sogar die Mitglieder der Reichsregierung sich der Wirkung nicht zu entziehen vermochten. — Es muß aber auch gesagt werden, in einem „konstitutionellen" Staate hat noch niemals eine Regierung eine ähnliche Rolle gespielt, wie die deutsche Reichsregierung des neuesten Kurses.

Minister v. Köller und die Ersatzwahl in Oletzko-Lyck-Johannisburg. In der „Leipziger Volksztg." wird folgendes vertrauliche Schreiben des konservativen Reichstagsabgeordneten v. d. Gröben-Arenstein veröffentlicht, welches ein helles Schlaglicht wirft auf das Treiben des Bundes der Landwirthe und auf das Verhältniß desselben einerseits zu dem Oberpräsidenten Grafen Stolberg und andererseits zu dem neuen Minister des Innern v. Köller.

Arenstein, 5. Februar 1895, bei Tiefensee i. Ostpr.

Mein verehrter hoher Chef!

Folgende weitere Entwickelung des Wahl-Tableaus Lyck-Oletzko-Johannisburg: Ploetz und ich haben am 17. Januar in Lyck die Kandidatur Landrath Groeben mit 140 gegen 10 durchgesetzt. Am 19. Januar verzichtete Stolberg zu Gunsten Kullacks, Groeben, trotzdem er am 17. angenommen hatte, dito. Kullack nimmt an — und tritt bald darauf zurück. Stolberg beruft eine Versammlung in Lyck ein, bestehend aus sich, dem Regierungspräsidenten und den drei Landräthen. Diese — sonderbare Versammlung nominirt abermals Graf Stolberg, dieser acceptirt erneut und wird nächsten Tages (29. Januar) durch eine ad hoc einberufene Vertrauensmänner-Versammlung der Konservativen nominirt.

Sie können sich vorstellen, welche Mißstimmung herrscht über dieses Vorgehen. Ich habe historische Darlegung des Falles (ohne Kritik zu üben) an Ploetz gesandt — druckfertig zur eventuellen Veröffentlichung habe aber ausdrücklich gebeten, vorher Köller vertrauliche Mittheilung von allem zu machen. — Ich will nicht, daß Köller Unannehmlichkeiten bereitet werden. Da sämmtliche Männer des Wahlkreises, die irgend in Betracht kommen, definitiv abgelehnt haben, mußte ich einen anderen Ostpreußen suchen. Alle haben mir Korb gegeben. — Borcke-Tolksdorf (Kreis Rastenburg) nimmt an, trotz Aussichtslosigkeit. Er ist den wenig treu gebliebenen Führern des Bundes als Kandidat genannt, wird von acceptirt. Männer, die außerhalb Ostpreußens wohnen, werden unter keiner Bedingung acceptirt. Es handelt sich nur um die Stimmen, die — wenn der Bund keinen Kandidaten aufstellt — rettungslos Seydel-Chelchen zufallen. Daher ist keine rechte Freude für die Kandidatur.

Borcke nimmt diese wenig aussichtslose Sache auf sich. — Nun wird Riepenhausen wiederholt vorgeschlagen. Dieser ist einfach unmöglich, da er nicht Ostpreuße ist. Ob Ploetz noch meine Bitte erfahren wird, zweifelhaft; er scheint sich für Riepenhausen zu erwärmen.

Es ist dringend nöthig, daß Stolbergs unerhörtes, uns alle tief schädigendes Vorgehen dem Minister bekannt werde. — Ich hielt es für Pflicht, Sie zu orientiren. Die Ereignissen werden die Ankunft dieses Briefes überholen. Bitte, unterstützen Sie mich. Die Furcht wegen Antisemitismus (Borcke) ist lächerlich. Hier heißt es, die äußerste Blamage vermeiden, bitte helfen Sie, so weit Sie können, Sie kennen Excellenz v. Köller ja näher. Auf Wiedersehen am 13. d. M. Ihr aufrichtig und treu ergebener Groeben.

Vorstehender Brief ist, wie sich aus den Reichstagsverhandlungen vom Montag ergiebt, an den Abg. Frhrn. v. Manteuffel adressirt gewesen. Ihren Frieden mit der Regierung hat die junkerliche Opposition zwar nach der Entlassung Caprivi's äußerlich gemacht aber sie will gerüstet bleiben, und deshalb soll der konservative Oberpräsident, der für den russischen Handelsvertrag gewirkt, und zur Zeit der erbitterten konservativ-agrarischen Fronde zum Kaiser und dem Grafen Caprivi gestanden hat, nicht wieder in den Reichstag; es muß ein eventuell wieder zur Opposition entschlossener Agrarier sein. Zu Köller, dem Minister des Innern, haben die Agrarier das ehrende Vertrauen, daß er ihnen gegen den Oberpräsidenten, der gouvernementaler Gesinnung verdächtig ist, helfen werde; denn nicht etwa daß Graf Stolberg sich überhaupt in die Wahlen mischt, erregt ihren Unwillen, sondern nur, daß er sich selbst gegen einen Agrarier aufstellen läßt. Auch das Eingeständniß daß nur wenige Führer des Bundes treu geblieben sind, ist von Werth.

Warnung vor Majestätsbeleidigungen! Ein sensationeller Prozeß hat sich am 7. d. M. in Breslau abgespielt. Und das kam so:

Im Jahre 1892 hatte der Techniker Wilhelm Eckert Beschäftigung in Südamerika gefunden und einstweilen seine Frau in Breslau zurückgelassen. Das Ehepaar korrespondirte eifrig, und die Frau unterrichtete den Gatten dabei auch über politische Vorkommnisse in Deutschland. In den Rückäußerungen Eckerts auf diese allgemeineren Mittheilungen befanden sich zweimal Bemerkungen über die Person des deutschen Kaisers. Später erfuhr Eckert, daß seine Frau ihm in Breslau untreu geworden war, und er ließ sich von ihr scheiden. Die Frau aber hatte die zwei Briefe, welche die erwähnten Aeußerungen enthielten, gut aufgehoben, und als das Trennungsurtheil rechtskräftig geworden war, übergab sie die beiden Briefe der Staatsanwaltschaft. Zu Weihnachten vorigen Jahres machte Eckert von Buenos-Ayres eine Geschäftsreise nach England und wurde bei dieser Gelegenheit von Breslauer Verwandten zu Besuch geladen. Er kam daraufhin nach Breslau. Durch die geschiedene Frau erfuhr die Polizei von der Anwesenheit Eckerts daselbst, und da die Staatsanwaltschaft in den erwähnten beiden brieflichen Aeußerungen Eckerts Majestätsbeleidigungen festgestellt hatte, so wurde Eckert verhaftet. Am 7. stand er vor der ersten Strafkammer in Breslau unter der Anklage der Majestätsbeleidigung in zwei Fällen. Die Verhandlung endete mit einer Verurtheilung des Angeklagten zu einer Strafe von neun Monaten Gefängniß. Dabei hatte der Gerichtshof noch mancherlei mildernde Umstände zu Gunsten des Angeklagten sprechen lassen. Es war z. B., wie die „Schles. Ztg." berichtet, berücksichtigt worden, daß die Aeußerungen des Angeklagten nur für dessen Frau bestimmt gewesen waren und Eckert kaum habe annehmen können, daß sie zur Kenntniß weiterer Kreise kommen würden. Ferner sei berücksichtigt worden, daß, wie aus den Briefen selbst hervorgehe, der Angeklagte damals alle Brücken zwischen sich und der Heimath abgebrochen glaubte und deshalb wohl auch in einem Tone geschrieben habe, der ihm selbst alles, was er zurückgelassen hatte, als minderwerthig erscheinen ließ und ihn zu beleidigenden Aeußerungen über die Heimath und den Monarchen fortriß. Endlich möge es wohl richtig sein, daß der Angeklagte sich in Folge der gesammten Verhältnisse von damals, des Abschiedes von Breslau, der neuen Verhältnisse drüben, der Unsicherheit seiner Existenz und vielleicht auch in Folge des von ihm angegebenen körperlichen Leidens in einer gewissen Aufregung befunden hat. Deshalb seien für jeden Fall sechs Monate Gefängniß angesetzt und daraus die Gesammtstrafe gebildet worden.

Die „Volksztg." bemerkt hierzu sehr treffend:

„Der Fall ist ungemein lehrreich. Wer wird zunächst nicht an den von uns vor einigen Monaten erwähnten Fall erinnert, der allgemeines Aufsehen erregt hat, weil es damals ein Großvater für angebracht gehalten, seinen Enkel wegen Majestätsbeleidigung zu denunziren, ein Fall, der allerdings mit Freisprechung endigte, weil der denunzirende Großvater in der Hauptverhandlung seine Denunziation nicht aufrecht erhielt. Indeß lehrt dieser Fall wie der neuere Breslauer, daß ein Deutscher innerhalb und außerhalb Deutschlands gut thut, sich auch den ihm nächststehenden Personen, wie den intimsten Freunden gegenüber im schriftlichen oder mündlichen Gedankenaustausch derjenigen Paragraphen des Strafgesetzbuches zu erinnern, die, ach, so leicht zum Fallstrick werden können und ein unbedachtes Wort mit langwierigen Gefängnißstrafen ahnden: Besonders angesichts der Umsturzvorlage, die nicht für alle mit schweren Strafen bedrohten Aeußerungen voraussetzt, daß sie für die breiteste Oeffentlichkeit berechnet sein müssen, wird es gut sein, daß sich der Deutsche das „laute Denken" selbst im vertrautesten Kreise abgewöhnt, wenn er nicht Gefahr laufen will, seine unvorsichtige Offenheit hinter den Mauern eines Gefängnisses Monate und Jahre hindurch zu büßen."

Der Bomben-Baron von Ungern-Sternberg — rekte Jagolkowsky — hat das Ziel seiner Auftraggeber erreicht. Die armen Opfer seiner Niedertracht sitzen im Zuchthaus oder Gefängniß, wie unser Bericht über das Endergebniß des Lütticher Anarchistenprozesses zeigt. Die russische Regierung hat bekanntlich ihren agant provocateur vor dem verdienten Schicksal bewahrt, indem sie ihn rechtzeitig in Sicherheitshaft nahm und sich weigerte, ihn nach Belgien auszuliefern. Hand in Hand mit der russischen Regierung ging die französische, indem sie sich weigerte, über jenen Herrn v. Léonard in Paris, welcher dort bei der russischen Gesandtschaft ist, Auskunft zu geben, der den „Baron" so eifrig mit den nöthigen Geldmitteln versah und zugleich dafür sorgte, daß die Lütticher Polizei von Zeit und Ort der geplanten Attentate Kenntniß erhielt. Oder hatte man in Lüttich bezw. Brüssel auch kein Interesse daran, rechtzeitig hinter das Treiben zu kommen, obgleich die Anwesenheit Jagolkowsky's bekannt war und auffallen mußte? Wie dem sei, nachdem der Bombenbaron seine Schuldigkeit gethan, hat die russische Regierung ihren Schützling auf freien Fuß gesetzt und soeben befindet sich derselbe nach dem „Vorwärts" wieder in einer sehr leicht zu errathenden Mission in Zürich beziehentlich der Schweiz.

Allem Anschein nach ist eine zweite Auflage der Hallunkenstreiche des Ungern-Sternberg — recte Jagolkowsky — geplant und möglicherweise auch in Deutschland. Die Internationalität der Arbeiter zu friedlicher Kulturarbeit ist ein Verbrechen, aber internationale Lockspitzelverschwörungen sind ein für

die Gesellschaft wohlthätiges Werk. Und die russische Regierung hat ihre Kunst, internationale Verschwörungen zur Begehung von Verbrechen anzuzetteln, in Bulgarien und Belgien so meisterhaft bewiesen, daß man sich auf ähnliche Ueberraschungen anderwärts gefaßt machen darf. Warum soll die russische Polizei nicht auch ungerufen den deutschen Machthabern zu Hülfe kommen, um die Umsturzvorlage durchzudrücken, wenn sie ihren Eifer in Belgien bewies, wo viel weniger auf dem Spiele stand?

Also die Augen auf und scharf aufgepaßt in der Schweiz und in Deutschland!

Ein Spießgeselle des Jagolkowsky ist der Schneider David Schapira, von dem der Staatsanwalt Delmaide im Lütticher Prozeß als einem Dr. Schapira sprach, und ein dritter Bombenlockspitzel ist ein gewisser Malanckiewicz. Diese drei haben in Gemeinschaft mit dem im Lütticher Anarchistenprozeß verurtheilten Deutschen Bach „gearbeitet." Schapira wurde durch die belgische Regierung von der englischen reklamirt, er bekam aber selbstverständlich rechtzeitig Wind und verduftete von London nach Paris, wo die Gönner des Jagolkowsky auch über ihn die schützende Arme breiten.

In Deutschland hat das Agent-Provokateurthum sich bisher darauf beschränkt, gewisse Brandschriften an den geeigneten Stellen zu verbreiten, und es haben sich Gimpel gefunden, die auf den Leim gingen und den Agent provocateurs zu Diensten waren. Die Vorgänge in den Nachbarländern und die Thätigkeit einer internationalen Lockspitzel-Verschwörerbande vom Schlage der Jagolkowsky-Schapira-Malanckiewicz, denen sich die Bach, Hamm, Rieken würdig anschließen, nöthigt uns, nachdrücklich allen unsern Parteigenossen zuzurufen:

Achtung! Und die Augen auf!

Oesterreich-Ungarn.

Der Reichsrath ist auf den 19. Februar einberufen worden.

Italien.

Rom. Die wegen Mitgliedschaft bei der italienischen Arbeiterpartei, Aufreizung zum Klassenhaß u. s. w. angeklagten 30 Sozialdemokraten sind nach viertägiger Verhandlung sämmtlich freigesprochen worden.

Crispi hat einen neuen Staatsstreich vollführt. Er hat durch seinen Freund Umberto, der moralisch gezwungen ist, ganz nach seiner Pfeife zu tanzen, durch königliches Reskript die gesammte Organisation der Banca Nazionale von Neapel, der zweitgrößten Bank des Königreichs, auflösen lassen, so daß er nun die Millionen dieser Bank ohne Kontrole in seine Hände bekommt, um sie für die Wahlen zu verwenden. In einer Unterredung erklärte Cavallotti: „Dieser neueste Gewaltstreich setzt der Finanzkorruption die Krone auf. Das ist der Anfang eines Schreckensregiments der Gewissenlosigkeit, wie dies selbst unter den Bourbonen unmöglich gewesen wäre. Das bewahrheitet den Ausspruch Bovios, daß die bevorstehenden Wahlen von Crispi mit ganzen Ladungen und Händewürfen von Schmutz und Schlamm gemacht werden würden. Es ist die That eines verzweifelten Spielers, der seine letzte Karte ausspielt." — Sämmtliche Präfekten des Landes sind nach Rom berufen worden, um Verhaltungsmaßregeln über die Leitung der Wahlen von Crispi persönlich mitzunehmen. Es ist ein fortwährendes Kommen und Gehen von Präfekten in Rom. — An Stelle des Botschafters Reßmann, der von Crispi aus Rache für seine Mitwirkung an der Aufdeckung des Ordensschachers Herz-Reinach-Crispi aus Paris abberufen wurde, hat Crispi, um Frankreich noch mehr aufzureizen, den Gesandten Tornelli zum Botschafter von Paris ernannt, der kürzlich in öffentlicher Rede beim Lord-Mayorsfeste in London Frankreich roh und brutal verletzte und beleidigte. — Die sozialistischen Kandidaten für die bevorstehenden Stadtrathswahlen in Mailand sind: Bertini (Korrektor), Dell Avalle (Buchdrucker), Cataneo (Maurer), Filippetti (Arzt), Lazzari (Beamter), Leonardi (Lithograph), Mantovani (Eisenbahnbeamter), Filippo Turati (Advokat).

Frankreich.

Die Kammer bewilligte der Arbeiterkommission Vollmachten, um eine allgemeine Enquete über die Arbeits-Bedingungen in den Bergwerken zu veranstalten. Die Kommission hatte vorher auf Verlangen Ribot's die Verpflichtung übernommen, nicht eher eine Enquete in Monceau Les-Mines zu veranstalten, als bis die dort begonnene Regierungs-Enquete beendet sei. Die Kammer bewilligte alsdann 30000 Frcs. für die Hinterbliebenen der beim Grubenunglück in Monceau Umgekommenen. Der Arbeitsminister betonte, diese Unterstützung solle nur den Hinterbliebenen ermöglichen, abzuwarten, bis die Frage der Haftpflicht der Compagnien entschieden sei.

Lübeck und Umgegend.

13. Februar.

Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Die „Eis.-Ztg." schreibt: „Eine unserer Behörden hat eine sehr bittere Erfahrung machen müssen. In einem ihr unterstehenden Institut hat eine Untersuchung ergeben, daß eine Waare einwandsfrei war, bei einer auswärts erfolgten Nachuntersuchung der Waare ergab sich leider das Gegentheil. Wie wir erfahren, sollen die Untersuchungsbeamten an dem in Frage kommenden Tage so überbürdet gewesen sein, daß die Gründlichkeit der Untersuchung darunter gelitten hat. Inzwischen sollen zwei neue Beamte angestellt worden sein. Wir haben von der Angelegenheit in dieser Form Notiz genommen, um nicht einen wichtigen Handelszweig große Schädigungen zu bereiten. Wir erwarten aber, daß jetzt Vorkehrungen getroffen werden, die alle derartigen Vorkommnisse unbedingt ausschließen." — So wie die Notiz hier steht, läßt sie viele Deutungen zu. Ehrlicher wäre es von der „E.-Z." gewesen, wenn sie die Sache offen dargelegt hätte. Durch Vertuschen fördert man öffentliche Angelegenheiten nicht.

Das scheint uns zu gelten. Der Stauerbaas Stave veröffentlicht im „General Bumbum" folgende Erklärung:

„Die von der Firma Lüders u. Stange mir überwiesenen Stauerarbeiten werden von solchen Arbeitern ausgeführt, welche obige Firma in der Reichsunfallversicherung in der üblichen Weise versichert."

Mit dieser Erklärung stehen das seinerzeitige Erkenntniß des Reichsversicherungsamtes, sowie die Erklärung des Stadt- und Landamtes in Sachen Dreger im Widerspruch. (Vergl. Leitartikel in Nr. 36 d. Bl.)

Mit der Ausschreibung der Verpachtnng des Hauptrestaurants und der Kantine auf der deutsch-nordischen Ausstellung hat man nach dem „Hamburger Fremdenblatt" entschieden Fiasko gemacht. „Die Bedingungen sind so exorbitant, daß sich nicht ein Einziger gefunden haben soll, der geneigt wäre, Pächter zu sein. Auch die Bedingungen für Restaurants, Weinhallen 2c. sind derartig, daß eigentlich nur der Groß-Kapitalist oder aber Der, der wenig zu verlieren hat, auf dieselben eingehen kann. Bezeichnend ist, daß alle hiesigen Wirthe, denen sonst Unternehmungsgeist durchaus nicht abzusprechen ist, darauf verzichten, in der Ausstellung irgend Etwas zu unternehmen. Es sitzt übrigens nicht ein Fachmann im geschäftsführenden Ausschuß, umsomehr Juristen und Gelehrte." Wie die Bewirthschaftung der Kantine sind, wissen unsere Leser bereits, diejenigen für den Betrieb des Hauptrestaurants sind nicht viel besser. So viel wir wissen, ist die Kantine bereits an einen Lübecker vergeben. Ob das Hauptrestaurant verpachtet ist, entzieht sich unserer Kenntniß. Einen Vorfall noch wollen wir unseren Leser nicht vorenthalten. Vorigen Freitag hat der Ausschuß oder sonst ein Komitee der Ausstellung Sitzung gehabt und sich mit der Frage beschäftigt, ob man den „Lübecker Volksbote" verklagen soll. Ob man uns wirklich vor den Kadi schleppen läßt, können wir nicht behaupten. Wir selbst fühlen uns engelrein.

Stadttheater. „Der Bettelstudent," der morgen zur Aufführung gelangt, ist mit den besten Kräften besetzt, so daß die Vorstellung ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Für gute Inszenirung dürfte der Benefiziant genugsam Sorge tragen.

Gewerbegericht. Sitzung vom 11. Februar 1895. Vorsitzender: Senator Dr. Klug, Beisitzer: Arbeitgeber Heick, Arbeitnehmer: Nehlsen. Der Schlachtergeselle A. klagt gegen den Schlachtermeister B. auf Zahlung einer Lohnforderung von 11,90 Mk. B. erkannt die Forderung an, will jedoch den Lohn einbehalten haben, da erstens der Kläger ihm übertragene Arbeiten nicht verrichtet habe. Zweitens will er dadurch, daß der Geselle ein Schwein zu billig verkauft hat, einen Schaden von 6 Mk. gehabt haben. — Das Gericht hält die von den Meister angeführten Gründe für nicht stichhaltig und verurtheilt den Beklagten zur Zahlung der 11,90 Mk. Außerdem hat Beklagter die Kosten im Betrage von 2 Mk. zu zahlen. — Seit dem 12. Dezember vorigen Jahres stand der Müllergeselle F. gegen einen Wochenlohn von 7 Mk. und Kost und Logis bei dem Müller Gr. in Gneversdorf in Arbeit. In der vorigen Woche wurde er von G. plötzlich entlassen. F. klagt auf Wiedereinstellung in die Arbeit ev. 14 Tage Lohn und Entschädigung für Kost und Logis. G. giebt als Grund der Entlassung Unregelmäßigkeiten des Gesellen an; derselbe habe am Abend vor der Entlassung zu früh aufgehalten und am Morgen vor der Entlassung zu spät angefangen. Das Gericht verurtheilt G. zur Zahlung von 24 Mk. an F. Die vorgefallenen Unregelmäßigkeiten, hätten G. nur zur Kündigung, nicht aber zur sofortigen Entlassung berechtigt. Die Kosten im Betrage von 2 Mk. hat Beklagter zu tragen. — Der Tischlergeselle L. klagt gegen den Tischlermeister R., bei welchem er gegen einen Stundenlohn von 36 Pfg. in Arbeit gestanden hat und am Montag voriger Woche plötzlich entlassen ist, auf Wiedereinstellung in die Arbeit auf 14 Tage ev. entsprechende Lohnentschädigung. R. macht geltend, daß er mit allen seinen Gesellen von vornherein abmache, daß zwischen beiden Theilen keine Kündigung stattfinde. L. behauptet dagegen, daß ihm hiervon nichts gesagt worden sei. Da R. nicht im Stande ist, durch Zeugen zu beweisen, daß zwischen ihm und L. ausdrücklich abgemacht, daß keine Kündigung stattfinde, verurtheilt ihm das Gericht zur Zahlung von 21,60 Mk. für die verflossene Woche. Außerdem hat R. den L. gegen denselben Lohn noch eine weitere Woche zu beschäftigen. Auch die Kosten in der Höhe von 2 Mk. hat R. zu tragen.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Am letzten Sonnabend wurde hier ein Brief an uns aufgegeben, der glücklich vier Tage gebraucht hat, um in unsere Hände zu gelangen. Er scheint sich unterwegs verkrümmelt zu haben. Und da zweifelt man noch, daß die Stephan'sche Post nicht schnell genug arbeitet.

Unser Hafen ist geschlossen. Die Eisbrecher sind nicht im Stande gewesen, die Fahrrinne nach der See offen zu halten. Bis auf Weiteres will man wenigstens versuchen, das Revier im Hafen fahrbar zu erhalten.

Der Dampfer „Newa", der überfällig ist, liegt, wie jetzt bekannt wird, 8 Meilen von Travemünde entfernt, im Eise fest. Das gleiche Schicksal dürfte der Dampfer „Trave", von hier nach Reval bestimmt, theilen.

Struckfähre. Nach einer behördlicherseits erfolgten Prüfung ist nun die Passage über das Eis der Trave an dieser Stelle freigegeben. Die zu überschreitende Strecke ist mit Bohlen belegt.

Bei der Wilddieberei wurden Montag Nachmittag im Forstorte Schwerin zwei hiesige Arbeiter vom Förster angetroffen. Der eine der Wilderer ergriff die Flucht, wurde jedoch später in seiner Behausung unter dem Bette versteckt aufgefunden. Bei der Haussuchung wurde Wildfleisch vorgefunden. Beide Wilderer wurden sodann verhaftet.

Genossenschafts-Bäckerei. In den „Zentral-Hallen" fand am Donnerstag, den 7. Februar, die Ordentliche General-Versammlung der Genossenschafts-Bäckerei statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1894; 2) Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes; 3) Neuwahl von zwei Aufsichtsrathsmitgliedern; 4) Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes vom Jahre 1894; 5) Beschluß der letzten General-Versammlung, auf die Tagesordnung zu setzen: Umänderung der Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftpflicht; 6) Erbauung eines Schuppens und Erwerbung eines circa 180 Quadratmeter großen Areals. Der Geschäftsbericht, welcher den Genossen gedruckt zugestellt war, wurde vom Geschäftsführer Stolle verlesen. Nach demselben wurden im Jahre 1894, dem 6. Geschäftsjahre, im Ganzen 945344½ Kilo Mehl verbacken, verkauft wurden 33490½ Kilo. Die ganze Einnahme betrug 304199 Mk. 70 Pf., die Ausgabe dagegen 287419 Mk. 22 Pf.; es wurde also ein Bruttogewinn von 16780 Mk. 48 Pfg. erzielt. Von dem Bruttogewinn wurden abgeschrieben auf Immobilien 5 pCt. und auf Inventar 10 pCt., im Betrage von 5896 Mk. 52 Pfg. Es bleibt also ein reiner Ueberschuß von 10883 Mk. 96 Pfg. Der Reingewinn ist etwas niedriger als der des Vorjahres. Er würde aber den vorjährigen überstiegen haben, wenn nicht im Jahre 1894 den Niederlagen der Genossenschaft anstatt wie bisher 10 pCt. 12 pCt. Rabatt gewährt worden wäre. Der Bericht enthält ferner ein Verzeichniß über das Eigenthum der Genossenschaft am Schlusse des Jahres 1894. Es gehören der Genossenschaft 1103 Genossen an. 1032 dieser Genossen sind mit 10 Mk., die übrigen 71 mit 20—100 Mk. betheiligt. Die größte Zahl der Genossen, nämlich 846, sind Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen und Arbeiter, selbstständige Handwerker sind 109 vertreten; am Geringsten vertreten sind die Dienstleute mit einer und die Rentiers und Personen ohne Berufsführung mit 4 Personen. Vom Kassirer Pape wurde sodann der Kassenbericht verlesen: Die am 31. Dezember gezogene Bilanz wies an Aktiva und Passiva 98808 Mk. 50 Pfg. auf. Genosse Fr. Meyer erstattete sodann für den Aufsichtsrath Bericht, theilte mit, daß Kasse und Bücher in Ordnung befunden und beantragte, dem Vorstand Decharge zu ertheilen. Der Antrag wurde angenommen. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrathes wurden die Genossen Fr. Meyer und Kahns wiedergewählt. Der Aufsichtsrath machte dann den Vorschlag, von dem Reingewinn 20 pCt. als Dividende und zwar in Form von Brodmarken zu vertheilen. Ferner sollen dem am 18. Juni 1894 verunglückten Bäckergesellen Gühlsdorf 1000 Mk. zur Begründung eines Geschäfts überwiesen und der Rest des Reingewinns zum Baufonds geschrieben werden. Der Antrag betr. die Dividende wurde debattelos angenommen. Zu dem Antrag, betr. die Ueberweisung an Gühlsdorf wurden drei Anträge gestellt und zwar auf 2000 Mk., auf 1500 Mk. und auf eine Jahresrente von 300 Mk. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Aufsichtsrathes angenommen. Der Rest des Reingewinnes wurde zum Baufonds geschrieben. Zum 5. Punkt der Tagesordnung stellte Genosse Leecke den Antrag, die Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftpflicht umzuwandeln. Für den Antrag Leecke sprachen die Genossen Leecke, Salay, Jünemann und Glasau, gegen denselben sprach Genosse Kohler. Der Antrag Leecke wird mit 17 Stimmen Majorität abgelehnt. Der Antrag, betr. die Erbauung eines Schuppens und den Ankauf des dazu nöthigen Areals wurde, nachdem Gen. Stolle denselben begründet hatte, angenommen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

i. **Oldesloe.** Sehr traurige Zustände herrschen hier zur Zeit. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr überhand. Die Eisengießerei hat vor kurzer Zeit sogar noch Lohnabzüge gemacht, und zwar täglich 50 Pf. ohne Verkürzung der Arbeitzeit. Am letzten Sonnabend hat auch die Hutfabrik (Inhaber Stadrath Grude) den Betrieb eingestellt und die Leute entlassen mit dem Bemerken, sich anderweitig Arbeit zu verschaffen. Die Entlassenen sind durchweg Familienväter, welche drei bis sechs Kinder zu ernähren haben. An anderweitiger Arbeit ist nicht zu denken, denn die hiesige Zuckerfabrik ist im Konkurs, die Wollwäschere ist vor Jahresfrist abgebrannt, die Trümmer liegen noch durcheinander. Die Papierfabrik, in deren Mauern früher so Mancher gearbeitet hat, steht als eine alte Ruine da. Der Bahnbau Oldesloe-Ratzeburg ist eingestellt. Nirgends ist Arbeit zu finden, und bei alledem sieht sich unsere wohllöbliche Stadtvertretung noch nicht veranlaßt, öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen. So manchem kleinen Geschäftsmann wird der Magen leerer. Der Geselle bekommt seinen Abschied und muß auf die Landstraße; der Meister ist froh, daß er für sich etwas hat. Da die Staats- und städtischen Steuern fällig sind, so müßte unsere Stadtvertretung doch endlich einmal darangehen, Arbeiten vornehmen zu lassen, damit die hungernden Arbeiter befriedigt werden, um dann auch ihren Pflichten dem Staate gegenüber nachkommen zu können.

Aber die Herren wollen jedenfalls erst dazu aufgefordert werden. Keiner hat den Muth, keiner wagt es, öffentlich aufzutreten. Auch unser „Landbote“ (Trittauer Zeitung) schweigt über Alles. Nur bemerkt er häufig: Gedenkt der hungernden Vögel! Besser wäre es allerdings, wenn er schreiben würde: Gedenkt der hungernden Arbeiter und der kleinen Geschäftsleute! Das würde bedeutend mehr Anklang finden als alles Andere. Obwahl im St. Jürgen-Hospital während des Winters von Weihnachten an eine Kochanstalt eingerichtet ist, in der wöchentlich dreimal Mittagessen gekocht wird, so müssen doch die Arbeiter für jede Portion 15 Pf. bezahlen. Mehrere Wittwen erhalten das Essen zwar gratis, müssen aber erst Erlaubniß vom Bürgermeister haben. Viele, sehr viele werden zurückgewiesen, wenn ihnen nachgewiesen wird, daß der Magen noch nicht ganz leer ist. Dreimal wöchentlich giebt es etwas zu essen, an den übrigen Tagen wird gehungert. Wäre die Arbeiterschaft organisirt und ständen sie als Macht da, so müßten die Herren sich wohl bequemen, den größten Hunger zu stillen. Aber an eine Organisation ist hier wenig zu denken. Die Arbeiter halten es nicht einmal für nöthig, sich einer Organisation anzuschließen, sondern machen den wenigen organisirten Arbeitern ihren Kampf noch schwerer. Das zeigt sich so recht im Kampf um ein Lokal. Bekanntlich steht uns kein Lokal zur Verfügung, in welchem wir unsere Meinungen austauschen können. Herr Schmalfeld weigert sich nach wie vor, sein Lokal zu irgend einer Versammlung herzugeben. Und doch, wenn er Bälle und Tanzmusiken abhält, ist sein Lokal immer voll, anstatt demselben den Rücken zu kehren und ihn zur Einsicht zu bringen, daß er von Niemand anders als von den Arbeitern lebt, denn die sogenannte „bessere Gesellschaft“ verkehrt doch nicht bei ihm. Ja, es ist sogar der Fall gewesen, daß Genossen (?) zu ihm in Logis gezogen sind, und noch höheres Kostgeld als anderswo zahlen mußten. Ein anderes Lokal, das in Betracht kommt, ist Schweigmann Wittwe (Tivoli.) Hier verkehren die Militärvereinler. Nach einer früheren Aussage des verstorbenen Mannes darf die Wittwe keine sozialdemokratischen Versammlungen aufnehmen, weil sonst die Vereine von ihr weggehen. Bei Tanzmusiken sind die Arbeiter dagegen sehr willkommen, hauptsächlich ihre Groschen. Auch „Hotel Harmonie“ weist unsere Versammlungen zurück; nur bei Tanzmusiken sind wir hier ebenfalls gern gesehene Gäste. „Hotel zur Krone“ muß Wäsche in seinem Saal trocknen und da die Arbeiter immer etwas staubig sind, so könnte der Staub sich an die Wäsche setzen und diese könnte dadurch auch sozialdemokratisch werden. So steht uns denn weiter kein Lokal zur Verfügung als die Gastwirthschaft von Bandt. Das Lokal darf aber nach polizeilicher Aichung nur 23 Personen aufnehmen. Wir begnügen uns damit, denn wie bekannt, sind wir schon mit etwas zufrieden. Auch unser Arbeiter-Kasino giebt uns vorläufig Raum genug, um unsere Meinungen auszutauschen. Daher Ihr noch Fernstehenden, kommt zu uns, wir stehen Euch mit Rath und That bei. Kehrt den Lokalbesitzern den Rücken, die Euch wehren, Versammlungen abzuhalten. Viel wenig machen ein viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel. Würden die Arbeiter Oldesloes beherzigen, daß der Einzelne nichts ist, so würde auch unsere Partei hier bald besser dastehen. Drum frisch ans Werk!

Dringende Bitte. In der Nacht vom 28. bis 29. August 1892 wurde durch die Sanitätskolonne mein Sohn Fritz nach dem alten Allgemeinen Krankenhause gebracht. Als wir uns am 2. September nach dem Kleinen erkundigten, wurde uns der Bescheid, daß das Kind lebe, wir könnten sein Zeug bringen, denn es würde bald gesund sein. Wir warteten bis zum 17. September, bekamen aber keinen Bescheid, ihn abzuholen. Als meine Frau hinkam, war das Kind nicht mehr aufzufinden. Wir haben alle Krankenhäuser und Anstalten durchsucht, aber Alles nutzlos. Viele Kinder sind ja für eigen angenommen und nach auswärts gekommen, da ist es leicht möglich, daß das unserige darunter ist. Der Kleine ist nun zu Ostern schulpflichtig und geht auf andere Papiere. Da sich seine sämmtlichen Papiere im Besitz der Eltern befinden, wäre es ja möglich, daß das Nichtvorhandensein derselben bei der Anmeldung eines Kindes zur Auffindung des Knaben beitrüge. Ich bitte daher alle hochlöblichen Schulbehörden, mich bei Eintritt eines solchen Falles gütigst in Kenntniß setzen zu wollen. Ich bitte auch alle Pflegeeltern und Nachbarn, welche Kinder (Knaben) angenommen haben, sich bei mir gütigst melden zu wollen. Ein besonderes Merkmal derzeit war: Der Knabe ist zart und schlank gebaut und hat unter dem linken Auge einen länglichen Sommerfleck. In der Hoffnung, daß meine Bitte in Erfüllung gelangt, zeichnet Hochachtungsvoll F. H. Wedekind, Hamburg, Spitalerstraße 102, 4. Et. — Sämmtliche Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

Bremen. Zum Untergang der „Elbe“. Wie mitgetheilt wird, sind mit dem Dampfer „Lahn“ in Nordenham angebracht und bereits hier eingetroffen von dem Postdampfer „Elbe“: zwei Säcke von Bremen I für New-York, Durchgang, enthaltend Drucksachen und 57 bezw. 59 Kilogramm schwer, ferner ein Sack von Bremen I für New-York, Durchgang, enthaltend Waarenproben und 56 Kiligramm schwer. Die Sendungen haben durch das eingedrungene Seewasser erheblich gelitten. Es wird sich aber doch ermöglichen lassen, einen größeren Theil derselben nach erfolgtem Trocknen den Empfängern zuzuführen. — Wie von Lowestoft aus mitgetheilt wurde, ist eine der neuerdings gefundenen Leichen als diejenige von Eduard Moskowitz aus Budapest erkannt, — jedenfalls nach bei der Leiche gefundenen Papieren. Eduard Moskowitz hat vom 28. bis 29. Januar hier zusammen mit Moritz Frank aus Miskolcz und Esterla Goldner aus Eperjes logirt und ist zweifellos identisch mit dem von Szaerta aus wegen Unterschlagung verfolgten Direktor einer Dampfmühle Daniel Gutmann. — Die in Aberdeen eingetroffene Mannschaft des Dampfers „Crathie“ begab sich nach dem Handelsamte, wo eine besondere Kommission zur Abhaltung der Untersuchung versammelt war. Einige Mitglieder der Mannschaft sagten aus, nach der Kollision mit der „Elbe“ seien die Lichter in einer Entfernung von nahezu 3/4 Meilen gesehen worden. Man habe geglaubt, daß die Maschine noch arbeite. Nothraketen sollen gesehen worden sein, jedoch sei keine Explosion gehört werden. Von 5 1/2 bis 7 Uhr sei die Mannschaft mit der Entfernung der zahlreichen Wrackstücke ihres Schiffes beschäftigt gewesen; um 7 Uhr sei auf Rotterdamm zugesteuert worden. In Lowestoft ist über die Leichen Dittrich und Kleinschmidt die Untersuchung eröffnet worden. Nach der Identifizirung der Leichen wurde die Untersuchung vertagt.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingesandt.)

Die Arbeiten zum Füllen der der Firma P. Cordes Wwe. gehörenden, vor dem Hüxterthor gelegenen, Eiskeller sind dem Stauerbaas W. übertragen Der Letztere zieht nun zu diesen Arbeiten, trotzdem in Lübeck Arbeitslose genug vorhanden sind, einen großen Theil der Arbeiter hierzu von Gothmund heran. So waren noch in vorvergangener Woche einige Gothmunder Fischermeister mit ihren Knechten dort beschäftigt. Wie diese Knechte, welche beikbetreffenden Fischermeistern in Jahreslohn sind, selbst ausgesagt haben, bekommen sie für den Tag, den sie beim Eisen helfen, 30 Pf. Das übrige Geld — 2,70 Mk. wurde für jeden Arbeiter gezahlt — steckten die Fischermeister als ihren Verdienst in die Tasche. Man sollte fast glauben, daß in Lübeck gar keine Arbeitskräfte zu haben seien. Ob diese Leute dem Herrn W. eventuell auch im Sommer zur Verfügung stehen, müssen wir doch stark bezweifeln. Ein Arbeitsloser.

Briefkasten.

Zwei Streitende. In Volksschulen unbedingt.

Z. Eine gesetzliche Regelung der Renovirungsfrage giebt es in Hamburg nicht; es kommt Alles auf Vereinbarung an. Als Brauch hat sich herausgebildet, daß in kleineren Wohnungen der Miether die Kosten der Renovirung trägt; doch muß beim Einziehen in eine neue Wohnung, diese sich in bewohnbarem Zustande befinden, sonst kann der Miether das Beziehen verweigern oder vom Wirth innerhalb 8 Tagen Instandsetzung fordern, eventuell Letztere auf Kosten des Wirthes herbeiführen lassen, d. h., die Auslagen von der Miethe in Abzug bringen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der Dieb des Geldfasses (siehe heutige Beilage), das am Sonntag Morgen auf dem Hauptpostamt in Spandau entwendet wurde, ist in dem Postsekretär Stättke bereits ermittelt worden. Dieser hatte in jener Nacht Dienst und hat sich zu der Veruntreuung durch die Aussicht auf den großen Gewinn verleiten lassen. Er hatte das Geldfaß nach seiner Feldstraße 39 belegenen Wohnung gebracht und im Keller unter Kohlen versteckt. Dort hat es die Polizei am Montag Abend bei einer Haussuchung zu Tage gefördert. Der spitzbübische Sekretär ist sofort verhaftet worden und kann angesichts des klaren Beweises die That nicht leugnen. Er hat das Faß unter seinem Kaisermantel um 2 Uhr mitgenommen.

New-York. Die „Gascogne“ ist Montag Nachmittag 5 1/2 Uhr wohlbehalten bei Fire Island, einer kleinen Insel vor dem Hafen von Newyork, eingetroffen. An Bord war alles wohlauf; die Passagiere konnten bereits um halb 8 Uhr Abends an Land gehen. Die „Gascogne“ wurde dadurch an der Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrtdauer verhindert, daß während des letzten Sturmes der Hauptmast und die Schraube gebrochen wurden. Die Nothsignale, welche der Kapitän hatte abgeben lassen, konnten des starken Nebels wegen von anderen Schiffen nicht bemerkt werden.

Mailand. Bei den Stadtverordneten-Wahlen wurden 58 gemäßigte Klerikale und 22 Demokraten gewählt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. Februar.

Der Schweinehandel verlief träge.

Zugeführt wurden 2060 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandschweine schwere 46—48 Mk., leichte 46—48 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 45—47 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 958 Stück. Unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 80—90 Mk., geringere 65—75 Mk. per 100 Pfund.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Dora ist am 10. ds. Mts. in Ystadt angekommmen.
D. Trave ist am 12. Februar in Libau angekommen, nach Baltishport konnte er Eises halber nicht gelangen.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,47 m. WNW., sehr schwach, 17° Kälte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Quäker Oats.
Volksnahrungsmittel
Unübertroffene Kindernahrung
Vorzügliche Krankenspeise.
1 Packet 40 Pf.
Zu haben:
In den meisten Detail-Geschäften.

Fett-Käse, Pfd. 45 Pfg.
H. Wiedow, Engelsgrube 34.

Russ. Seife
1 Pfd. 24 Pfg., 2 Pfd. 45 Pfg.
H. Scharnweber, Mühlenstr. 89.

Bestes trockenes
Birkenbrennholz
Mk. 14,— pro schwed. Faden
soweit der Vorrath reicht.
G. Kuck, Schwartauer Allee 22a.

Abs olut kostenfreien Vorschuß erhalten Sie auf Mobilien und Waaren jeder Art, wenn mir zur Auction übergeben
Johs. Fick, Auctionator,
Engelsgrube 43/17.

Frische Brodwurst, Leberwurst, Grützwurst u. frisch. Schwarzsauer
empfiehlt W. Lemcke, Weberstraße.

Concert-Haus „Flora“:
Donnerstag den 14. Februar 1895:
Gr. Kappenfest.
F. Grammerstorf.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober 1894.
Preis 25 Pfg.
Die Expedition des Lübecker Volksboten.

Reinschmeckenden
gebr. Caffee
per Pfd. 1 Mk., empfiehlt
Otto Lantz Nachf.

Beinwunden, Flechten,
Krampfader-Geschwüre, Salzfluß, Drüsen u. Hautkrankheiten jeder Art beseitigt ohne Berufsstörung Frau J. Dentzau, Lübeck, Depenau 47, I., Ecke Obertrave. Keine Vorauszahlung d. Honorars. Zu sprechen Freitags u. Sonnab. v. 1—4; für Arme Freitags von 4—8 freie Behandlung.

Matratzen und Sophas
werden billig und gut aufgearbeitet
Fischergrube 27.

Künstliche Zähne, Plombiren, Zahnreinigen, blendend weiß. Zahnziehen schmerzlos.
H. Schreiber, Lübeck,
Königstraße, Ecke Mühlenstraße, 1. Etg.

Confirmationskleider, 3,50 Mk., Morgenkleider, 2,— Mk., sowie Knaben-Anzüge werden von tüchtiger Schneiderin angefertigt
Untertrave 10, 2. Etage.

Unserm ollen Fründ **Schlichting** herzlichen Glückwunsch. Ob he uns ok woll inladen ward?
Zwei Freundinnen.

Gesucht zu Ostern 1 Lehrling
Heinr. Seemann, Malermstr., Fischergr. 57.

Eine Wohnung zu 200 Mk., eine Wohnung zu 220 Mk. zu Ostern zu vermiethen.
Näheres Ziegelstraße 1f.

Zu vermiethen zum 1. April eine **Wohnung** von 3 Stuben, Küche, Keller und Stall, 15 Min. vom Bahnhof.
Ritterstraße 4, Holstenthor.

Eine kl. Wohnung zu vermiethen. Näheres Rosengarten 8/8. Zu besehen Dienstag, Mittwoch und Freitag Nachmittag.

Eine kl. freundliche Wohnung an der Untertrave zu verm., Preis 125 Mk.
Näheres Engelswisch, Thorweg Nr. 9.

Zum 1. April eine frdl. **Wohnung** zu verm. Preis 150 Mk. Wilhelmshöhe 25 a.

Gesucht eine kleine Stube oder Kammer vor dem Hüxterthor. Offerten mit Preisangabe unter **P P** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Quartett-Verein Luba.
Donnerstag den 14. Februar,
Abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentl. General-Versammlung
im Vereinslokal.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Innere Vereinsangelegenheiten.
Das Erscheinen **sämmtlicher Mitglieder** ist hierzu dringend nothwendig.
Der Vorstand.

Bandhold's Restaurant.
Mittwoch den 13. Februar:
Großes Faschingsfest zum Benefiz der Kapelle.

Quartett-Verein „Amicitia“.
Maskenball
am
Fastnachtsmontag im Colosseum.
Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 14. Februar:
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Ausser Abonnement.
Benefiz
für Hrn. Oberreg. Emil Valdek.
Der Bettelstudent.
Große Operette in 3 Akten von Millöcker.
Freitag den 15. Februar:
87. Abonnements-Vorstellung. 3. Serie: Orange. (Freitag-Abonnement Nr. 15).
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Wie die Alten sungen.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 38. Donnerstag, den 14. Februar 1895. 2. Jahrgang.

Aus den Erlebnissen eines deutschen Seemannes.

Die am Sonnabend abgebrochene Debatte im Reichstage über die größere Sicherung des Seeverkehrs soll bekanntlich bei der Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern fortgesetzt werden. Die „Volksztg." veröffentlicht nun nachstehende, ihr von einem deutschen Seemann zugehende Schilderung, aus der zur Genüge hervorgeht, daß die denkbar schärfste staatliche Ueberwachung des Schiffswesens und der Erlaß einer Seemannsordnung, die zum Schutze des Schiffspersonals vor Ausbeutung dient, nicht länger mehr aufzuschieben sind. Es ist bedauerlich, daß Name des Schiffes und Rheder ausgelassen sind. Solche Leute gehören an den Schandpfahl. Der „Volksztg." schreibt man:

Am 8. . . . . 1893 verließ die deutsche Bark X. ihren deutschen Hafen, um eine Reise nach Ostindien anzutreten. Bis zum 21. nächstfolgenden Monats ging die Fahrt ohne besondere Zwischenfälle von statten. An diesem Tage sollten die Matrosen Rost von der Außenseite des Schiffes abklopfen, eine Arbeit, die sonst nur im Hafen verrichtet wird. Zu diesem Zweck wurde ein Brett von 10 Zoll Breite über Bord gehängt, auf das sich die Matrosen stellen sollten, um die Arbeit zu verrichten. Da nun diese Arbeit äußerst gefahrvoll war, weigerten sich zwei Matrosen, dieselbe zu verrichten. Das Schiff lief zu dieser Zeit acht Knoten. Wäre Jemand bei dieser Arbeit zu Wasser gefallen, so konnte an eine Rettung desselben nicht gedacht werden, da ein Boot zur Rettung nicht klar war.

Von dieser Zeit an wurden diese beiden Matrosen auf alle mögliche Art und Weise in Anspruch genommen; sie bekamen Arbeiten, die oft mit der größten Lebensgefahr verbunden waren. Doch da die Matrosen ihre Arbeit ohne Murren ausführten, wurden immer stärkere Register aufgezogen, um ihnen die Strafe recht fühlbar zu machen. Sie sollten nun auch noch auf ihrer Freiwache, bei der sie sonst hätten schlafen können, arbeiten. Als sich einer dieser beiden Matrosen hiergegen sträubte und erklärte, wenn er keine Ruhe bekäme, könne er auch nicht des Nachts wachen, wurde er auf Befehl des Kapitäns sofort in Eisen geworfen.

Ein anderer Fall, der weit mehr als der vorhergehende die Mängel unserer Seemannsordnung blosstellt ereignete sich in den Tagen vom 2. bis 6. . . . . Leckte das Schiff schon beim Verlassen Ostindiens stark, so hatte das Leck beim Passiren des Kaps der guten Hoffnung in Folge von Stürmen derart zugenommen, daß die Mannschaft die Hälfte ihrer Wachzeit zu pumpen hatte. Durch die außerordentliche Anstrengung die das Pumpen verursachte, waren verschiedenen Mannschaften der Besatzung die Gelenke der Hände und Arme stark angeschwollen, was qualvolle Schmerzen verursachte. Am Morgen des 2. . . . ., als das Schiff sich nicht mehr weit von der Insel St. Helena befand, verlangte der Kapitän von der Mannschaft, daß dieselbe noch zwei Stunden des Tages länger arbeiten sollte und diese Zeit ihnen von der Ruhe entzogen würde. Nach diesem neuen Befehl betrug die Arbeitszeit der Mannschaft 15½, die der Ruhe aber nur 8½ Stunden.

Die Matrosen baten den Kapitän wiederholt, doch von diesem Befehl Abstand zu nehmen, da es ihnen nicht möglich wäre, unter den traurigen Zuständen, unter denen das Schiff litt, noch länger zu arbeiten, als bisher. Die Matrosen wiesen auf ihre geschwollenen Gelenke hin, aber alles Bitten war vergebens. Der Kapitän bestand auf seinem Willen. Da indeß die Mannschaft dem Befehl nicht gerecht werden konnte, ließ der Kapitän die Leute drei Tage vollständig ohne jegliche Nahrung. Von Hunger getrieben, wollten sich einige Matrosen von dem Koch einige Stückchen Brod erbetteln, doch war es diesem streng verboten, den Matrosen etwas zu geben. Am vierten Tage erklärte der Kapitän, daß er die Matrosen nicht ganz verhungern lassen wolle, sondern das ihnen etwas Brod gegeben werde. Am fünften Tage, Sonntag, bekam die Mannschaft auf Befehl des Kapitäns eine dünne Graupensuppe, worauf die Leute wieder an Deck gingen.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß es noch ein Gesetz giebt, welches dem Kapitän eines Schiffes derartige Maßregeln erlaubt.

Wie die Nachtwachen nach diesem Vorfall ausfielen, läßt sich leicht denken, wenn man die lange Arbeitszeit mit der kurzen Dauer der Ruhe vergleicht: die Wache legte sich sofort, nachdem sie an Deck gekommen, hin, um weiter zu schlafen, der Mann auf Ausguck konnte vor Müdigkeit die Augen nicht aufhalten; der wachthabende Offizier setzte sich auf das Achterdeck hin und nickte mit dem Kopfe. Mitunter wachte er auf, ging einige Minuten hin und her, um sich dann wieder hinzusetzen, um weiter zu nicken. Was für Folgen daraus hätten entstehen können, beweist das schreckliche Unglück der „Elbe"! Das über den Wachdienst gesagte ist kein Ausnahmefall, sondern auf den meisten deutschen Schiffen die Regel.

Durch die Gleichgiltigkeit des Obersteuermanns unserer Barke in Betreff des Wachdienstes wäre beinahe ein großes Unglück passirt. Mitte . . . . . befand sich das Schiff auf der Höhe von Sumatra, als eines Nachts der Matrose auf Befehl des Obersteuermannes vom Ausguck heruntergerufen wurde, um beim Brassen mitzuhelfen; der Mann am Ruder konnte jedoch, da die Segel ihm die Aussicht verdeckten, nichts sehen; auch hatte er genug auf sein Steuer zu achten. Plötzlich kam der Obersteuermann auf ihn zugelaufen und rief ihm zu: „Halt ab! halt ab!" In der nächsten Minute sauste ein großes englisches Schiff an uns vorbei, mit welchem wir unbedingt zusammengerannt wären, wenn es auch nur eine halbe Minute später bemerkt worden wäre. Unsre Barke hatte diesem Schiffe auszuweichen, das natürlich, wenn der Mann auf Ausguck auf seinem Posten verblieben und außerdem nicht etwa vor Uebermüdung eingeschlafen wäre, schon eine ganze Zeit lang früher bemerkt worden wäre. Ende . . . . . mußten wir in Lissabon einlaufen, weil das Leck so zugenommen hatte, daß wir das Schiff nicht mehr über Wasser halten konnten. Nachdem der größte Theil der Ladung gelöscht war, setzten wir unsere Reise nach unserem deutschen Hafen fort; jedoch, als wir kaum einige Tage auf See waren, leckte das Schiff wieder so stark wie vorher. Wir erreichten aber glücklich den englischen Kanal. Da es der Kapitän nicht für rathsam hielt mit dem Schiffe durch die Nordsee zu gehen, gingen wir bei Dover zu Anker, wurden aber von einer schwedischen Bark übersegelt, wobei wir unser Vorgeschirr verloren. Wir setzten unsere Nothflagge auf, worauf wir von einem Schleppdampfer nach Gravesend (London) geschleppt wurden. Hier angekommen, erfuhren wir, daß der Rheder das Schiff, so wie es war, nach dem deutschen Ausgangshafen schleppen lassen wollte. Infolge dessen ging die Mannschaft zum Kapitän und erklärte, daß sie, bevor das Leck nicht gestopft wäre, mit dem Schiffe nicht wieder in See gingen. Bedenkt man, daß das Schiff 7 Zoll Wasser die Stunde machte, so findet man die Weigerung der Besatzung wohl begreiflich. Der Kapitän gab den Matrosen auch vollständig Recht.

Im Laufe des Tages kam eine Kommission von drei Herren an Bord, um das Schiff zu untersuchen. Nachdem dieselben einmal um das Schiff herumgefahren waren, erklärten sie dasselbe für seetüchtig. Ich glaube aber bestimmt, daß, wenn diese drei Herren mit dem Schiff die Reise nach dem deutschen Hafen hätten machen sollen, sie sich wohl gehütet haben würden, diese Erklärung so leicht abzugeben. Hierauf wollte die Mannschaft den Schutz des deutschen General-Konsuls in London anrufen; doch noch bevor wir eine Beschwerde vorbringen konnten, erhielten wir einen von dem Konsul an die Adresse des Kapitäns gesandten Brief, in dem er uns mittheilte, daß er die Mannschaft nicht anhören würde. Nun mußten wir wohl, wenn wir nicht desertiren wollten, unser Leben auf's Spiel setzen und mit dem Schiffe wieder in See gehen. Daß wir, trotzdem das Schiff so außerordentlich leckte, glücklich im deutschen Hafen ankamen, ist nur den günstigen Windverhältnissen zuzuschreiben, denn hätte sich der Wind, nachdem wir auf See waren, gedreht, so wäre unser Schicksal besiegelt gewesen.

Wen hätte dann die Schuld getroffen? Das Schiff war ja erst vor seinem Ausgang von Gravesend untersucht worden und für seetüchtig befunden! Auffällig ist es jedenfalls, daß ein Schiff, das so stark leckte und dem das ganze Vorgeschirr fehlte, für seetüchtig befunden werden konnte!

Uebrigens war das Schiff gut versichert, so daß selbst beim Untergange desselben der Rheder einen Verlust an Vermögen nicht erlitten hätte. . .

Soweit der Gewährsmann, dessen ungesuchte, schlichte Darstellung ganze Bände spricht!

Bis jetzt haben lediglich die Sozialdemokraten, unsere Genossen im Reichstage, die Forderung auf Verbesserung der Seemannsordnung gestellt. In der vorigen Legislaturperiode war es ganz besonders der damalige Abgeordnete für Lübeck, Genosse Th. Schwartz, der sich der Sache annahm. Die anderen Parteien haben sich bisher noch nicht bemüßigt gefunden, die Frage energisch zu fördern. Vielleicht trägt der Untergang der „Elbe" dazu bei, den Lauf der Sache zu beschleunigen. Allerdings darf man sich nicht zu viel Hoffnung machen. Eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus.

Der Vater.

Skizze von Marie Conrad-Ramlo.

Die kleine, üppige, noch hübsche Frau Klara Karpf war Vorsteherin einer Mädchenarbeitsschule.

„Frau Direktor" nannten sie ihre Schülerinnen, und das war ihr recht, denn ihren Namen konnte sie nicht leiden.

Es war ihr immer zuwider, wenn Jemand sie „Frau Karpf" ansprach; „er" hieß ja so, der ewig betrunkene, gewissenlose Mann mit dem blau-rothen Gesicht, der einst ihr Mann war.

Es ist schon lange her, schon dreizehn Jahre, daß er davon ging, von ihr und den Kindern. Sie hieß ihn gehen, weil sie nicht mit einem Menschen leben konnte, der ihr so verächtlich war, und er — er ging so gern — sehr gern.

Die Frau war ihm ja so langweilig und so lästig, mit ihrem sogenannten Anstand und ihrer ewigen Einmengung.

Die kleine Emma war damals erst ein paar Monate alt, Julius aber schon ein verständiges Kind von sieben Jahren, das schon erschreckend große Augen machte, wenn sich die Eltern zankten.

Dann war Ruhe im Hause.

Stolz, energisch und unermüdlich kämpfte die kleine Frau Direktor mit dem Leben.

Die Kinder brauchten viel, sie wollte sie doch gut erziehen, und „er" gab nichts dazu, konnte auch nichts geben, denn er hatte selbst kaum das Nöthigste.

Ein Schreiblehrer! „Kalligraph" nannte er sich! Du mein Gott! Und das Trinken, das viele Bier oder der Wein! Und dann noch etwas —

Einmal — es war ein oder zwei Jahre nach der Trennung, ging die Frau Direktor mit den beiden Kindern spazieren. Da ging „er" drüben, auf der andern Seite der Straße.

Julius erkannte ihn auf der Stelle.

„Mutter, da drüben geht —"

„Scht", machte die Mutter und riß den Knaben an der Hand vorwärts — weg — aus seinen Blicken — die Kinder braucht er nicht zu sehen, der Verhaßte!

Und dann — er war ja nicht einmal allein! Das Weib da an seiner Seite —

„Also doch!" murmelte Frau Karpf, ein wenig bleicher werdend. Beinahe hatten sich ihre Augen mit Thränen gefüllt.

„Weinen? Nein! — Pfui! —"

„Also doch! Ja, ja, ohne ein Weib hätte er's nicht ausgehalten! Aber so ein jämmerliches Ding, so ein häßliches! Also das genügt ihm!"

Beinahe hätte sie gelacht, aber es war ihr so bitter im Munde.

Die Kinder wuchsen heran. Die kleine Emma kannte den Vater gar nicht, aber sie wußte, daß er lebte — mit einer anderen Frau, die aber nicht seine Frau war. Ihre kleinen Freundinnen erzählten ihr das. Sie erröthete und schämte sich und sprach nie mehr von ihrem Vater.

Julius war sehr talentvoll, schon jetzt gesucht als Klavierlehrer, obwohl er erst zwanzig Jahre alt war — aufgeweckt, klug, energisch, wie die Mutter.

„Heute bin ich ihm wieder begegnet," sagte er beim Essen.

Wem?" fragte die Frau Direktor.

„Na — dem Karpf."

„So, so."

„Die Strubel war mit ihm."

Er spuckte aus.

Strubel hieß das „jämmerliche" Weib.

„Ich glaub', er war wieder besoffen."

Julius verachtete seinen Vater, er hielt das für seine Pflicht. Denn er wußte Alles: den namenlosen Kummer und Schmerz der Mutter, des Vaters ganze Herzlosigkeit, seine Gewissenlosigkeit, seine — — Alles, alles!"

Die Mutter liebte er abgöttisch.

Wenn er den Vater sah, aufgeschwemmt, rothnäsig, gemein, konnte er nie begreifen, wie seine schöne, liebe, kluge Mutter diesen Mann einst nehmen konnte! Und als Nachfolgerin seiner Mutter — diese Strubel! — Das konnte er noch weniger begreifen.

„O pfui, es ist zu gemein!"

Dann starb der Karpf. Der Schlag hatte ihn getroffen.

Da kam die Strubel zur Frau Direktor. Zum ersten Male standen sie sich gegenüber. Die kleine Frau erblaßte vor Zorn, als sie das Weib mit dem auffallenden Trauerputz vor sich stehen sah.

„Was wollen Sie?"

„Ach — Ihr Mann ist gestorben", schluchzte die Strubel.

„Ich habe keinen Mann", erwiderte darauf die Frau Direktor rauh.

„Nun — Herr Karpf ist gestorben."

Nach kleiner Weile:

„Was geht das mich an?"

Die Strubel heulte hinaus:

„Ich habe kein Geld, ich kann ihn nicht beerdigen lassen —"

Plötzlich schwieg sie, unter der Thür stand Julius mit zornfunkelnden Augen.

Soziales und Partei-Leben.

Wegen Aufreizung zur Gewalt und wegen Gotteslästerung stand am Montag der vorletzte Redakteur des eingegangenen Organs aller Revolutionäre „Sozialist", Peterdorf, vor dem Berliner Landgericht I. Inkriminirt waren zwei Artikel des „Sozialist", deren Bedeutung jedoch der Angeklagte wesentlich anders darstellte als die Anklage es annimmt. Staatsanwalt Benedix beantragte 2 Jahre Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate Gefängniß.

Die sozialdemokratische Presse Deutschlands umfaßt in diesem Quartal 130 Blätter; Zentralorgane sind bekanntlich der „Vorwärts", der „Sozialdemokrat" und die wissenschaftliche Wochenschrift „Die neue Zeit." Täglich erscheinende Zeitungen sind 36, wöchentlich dreimal erscheinende 20, wöchentlich zweimal erscheinende 9 und wöchentlich einmal erscheinende 7 vorhanden. Außerdem zählt die Gewerkschaftspresse 52 Organe, während Witzblätter 2 vorhanden sind und außerdem noch ein illustrirtes Unterhaltungsblatt besteht.

Pest. Der Streik der Feilenhauer von der Werkstätte Margirius ist zu Gunsten der Gehülfen siegreich beendigt.

Lissabon. Achthundert Arbeiter haben in den Werkstätten der königlich portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft die Arbeit eingestellt.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 18. Januar bis 8. Februar 1895 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (3. Quartal 94) Vereinigung der Schmiede Mk. 45.35. Quartalsbeitrag (4. Quartal 94) Verband der deutschen Buchdrucker Mk. 500. Quartalsbeitrag (1. Quartal 95) Agitationskommission der Handelshülfsarbeiter, Berlin Mk. 25. Quartalsbeitrag (4. Quartalsbeitrag 94) Verein der Kellner 2c., Hamburg Mk. 25. Quartalsbeitrag (3. und 4. Quartal 94) Verband der Hafenarbeiter Deutschlands Mk. 178. Zur Deckung des Defizits gingen ein: Gewerkschaftskartell Brandenburg a. H. Mk. 10.

A. Demuth,
Hamburg, Poolstraße 41, 2. Etage.

Aus Nah und Fern.

Ein bedeutender Postdiebstahl ist am Sonntag auf dem Postamt in der Potsdamerstraße zu Spandau ausgeführt worden. Es handelt sich um ein mit Geld gefülltes Faß, das zugleich mit mehreren anderen von der General-Militär-Kasse in Berlin für verschiedene Truppentheile der Garnison Spandau bestimmt war, auf dem Potsdamer Bahnhofe in Berlin aufgegeben wurde und am Sonnabend Abend um 8 Uhr mit dem Eisenbahnzuge aus Berlin am Bestimmungsort eintraf. Der Werth sämmtlicher Fässer war „deklarirt", so daß der werthvolle Inhalt äußerlich erkennbar war. Alle Fässer sind auch nach dem Postamt gelangt und in den Packetkammern untergebracht worden, um demnächst den Truppentheilen ausgehändigt zu werden. Am Sonntag Morgen um 3 Uhr stellte sich heraus, daß eins der Fässer, das für das Garde-Fuß-Artillerie-Regiment bestimmt war und am Löhnungstag am Montag ausbezahlt werden sollte, spurlos verschwunden war. Der Inhalt bestand aus insgesammt 10 720,79 Mk., und zwar in 75 Hundertmarkscheinen, 1500 Mk. in Silber, 1720 Mk. in Gold und der Rest in kleiner Münze. Von den Beamten hat keiner gesehen, daß sich jemand in auffälliger Weise an den Geldfässern zu thun gemacht hat.

Selbsthülfe gegen Stephan. Alle Jahre erscheinen um Neujahr herum Berichte der Handelskammern, die in mehr oder weniger demüthigem Tone die Bitte aussprechen, daß das Gewicht der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht werde. Wo diese Berichte als schätzbares Material hinterlegt werden, weiß kein Mensch, nur soviel weiß man, daß es bis jetzt beim alten geblieben ist und in den Komtoirs die verrücktesten Manöver gemacht werden, um einen Brief mit Beilage auf ein Gewicht von 15 Gramm herunterzudrücken. Gegenwärtig ist nun das Interesse an der Sache um deswillen ein größeres, weil sich der Reichstag damit beschäftigt hat und die Budget-Kommission eine Resolution annahm, wonach das Gewicht der einfachen Briefe auf 20 Gramm zu erhöhen sei. Das war am 25. Januar. Aber schon am 26. Januar erklärte Staatssekretär v. Stephan, daß diese Erhöhung des Gewichtes einen Ausfall von 4 Mill. Mark verursachen würde, — eine Behauptung, die mit nichts zu beweisen ist. Wir wollen uns mit Stephan nicht herumstreiten, aber unsere Geduld ist erschöpft und so helfen wir uns selbst. Zu diesem Zwecke, so schreibt Jemand der „Frankfurter Zeitung", habe ich eine sublime Idee ausgeheckt. Ein 15 Gramm-Brief kostet 10 Pfg. Ein Brief, der über 15, kostet bis 250 Gramm 20 Pfg. Nun werden eiserne Plättchen in Kouvertgröße angefertigt, die mit Löschpapier umklebt sind und die ca. 200 Gramm wiegen. Hat nun Jemand einen Brief, der 16 Gramm wiegt, so schiebt er das Plättchen in das Kouvert dazu hinein, erhöht somit das Gewicht auf 216 Gramm, welches die Post mit 20 Pfg. befördern muß. Solche Plättchen kosten nicht viel und die einzelnen Geschäfte brauchen auch nicht viele anzuschaffen, da die Plättchen beständig im Austausch hin- und hergehen. Nun schwellen die Postsäcke zu einer unerträglichen Schwere an, die Postzüge brauchen zwei Lokomotiven, die Briefträger brechen unter der Last zusammen. Herr Stephan hat seinen Willen und wir ein inniges Vergnügen. Wenn das nicht hilft, hilft nichts mehr. Hilft das aber, dann sind wir alle bereit, die gegenstandslos gewordenen Eisenplättchen nach Berlin zu senden und der Herr General-Postmeister kann sich daraus ein Denkmal gießen lassen.

Ein gräßliches Unglück — ein Glück. Der Untergang des Dampfers „Elbe" mit seiner Menschenvernichtung hat eine Besserung der Geraer Geschäftsverhältnisse zur Folge, die den Geraer Reporter des „Leipz. Tagebl." zu einer, einem Hymnus gleichenden Einsendung begeistert hat, weil die amerikanischen Auftraggeber der mit untergegangenen Geraer Waaren darüber „glücklicher Weise" nicht in Mißstimmung gerathen, sondern Ersatzwaaren bestellt haben, so daß die Lebhaftigkeit in den dortigen Fabriken noch längere Zeit anhalten und die erste Ruhepause, die sonst immer um Ostern herum einzutreten pflegt, in Wegfall kommen wird. Ungewöhnlich große Unglücksfälle wie dieser oder auch Krieg und Pestilenz haben für die Bourgeoisgesellschaft immer noch eine vortheilhafte Seite.

Halle a. S. Ein Monstre-Anarchistenprozeß steht auch unserer Stadt bevor. 21 Personen, theils gewesene, theils jetzige Mitglieder des hierorts bestehenden kommunistischen Klubs, sind unter der Beschuldigung gegen § 129 St.-G.-B. (Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften) verstoßen zu haben, unter Anklage gestellt worden. Die Anklageschrift umfaßt 30 Seiten. Von den Angeklagten ist ein Theil schon nicht mehr in Halle anwesend.

Ein musterhafter Bürgermeister. Die Innungsmeister einer kleinen schlesischen Stadt hatten sich über die Ungebühr ihrer Lehrlinge sehr zu beklagen. Sie beschlossen die Anwendung der Prügelstrafe gegen die Sünder und der Bürgermeister als Kommissar der Innung beauftragte einen unteren Polizeibeamten mit der Aufgabe, die betreffenden jungen Leute in Gegenwart des Bürgermeisters, der Lehrherren und des Innungsvorstandes mit einem Rohrstocke durchzuprügeln. Die Geschichte hatte aber noch ein Nachspiel. Gegen den Bürgermeister und seinen Untergebenen wurde wegen Körperverletzung und Vergehen im Amte gerichtlich eingeschritten. Die Liegnitzer Strafkammer erkannte, wie die „Breslauer Zeitung" mittheilt, gegen den stockprügelfreundlichen Bürgermeister auf 20 Mark und gegen den Polizeidiener auf 6 Mark Geldstrafe. Vom Staatsanwalt waren 100 resp. 25 Mark beantragt.

Standesamtliche Nachrichten

vom 3. bis 9. Februar 1895.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

27. Januar. Arbeitsmann Johann Hinrich Schmidt (Wilhelmshöhe). 1. Februar. Arbeitsmann Diedrich Johann Fritz Herrmann Kähler. Töpfer Ernst Heinrich Friedrich Eduard Fehlandt (Wilhelmshöhe). 2. Eisenbahn-Wagenschieber Johann Heinrich Wilhelm Lach. Nieter Johann Heinrich Friedrich Steffens. Schmiedegehülfe Theodor Friedrich Christian Engelbrecht. Schlossergeselle Jakob Vontobel. 3. Kanzlist bei der Hanseatischen Versicherungsanstalt Johann Martin Friedrich. Privatmann Johannes Friedrich Heinrich Kock. 4. Klempnergeselle Gottfried Martin Andreas Ohle. Controleur bei der Lübecker Straßenbahn Johann Carl Joachim Theodor Willrath. Handelsmann Heinrich Friedrich Wilhelm Schwarz. Zimmerer Anereas Wagenhuber. Conditoreibesitzer Carl Julius Stammer. 5. Arbeitsmann Friedrich Heinrich Ernst Schiering. Arbeitsmann Johann Joachim Diedrich Steffen. Straßenreiniger Friedrich Heinrich Schwelmer. 6. Gärtner Carl Heinrich Theodor Ludwig Jürgens.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

24. Januar. Geometer Carl Wilhelm Oswald Pfeiffer (Zwillinge). 28. Restaurateur Johannes Carl Friedrich Eckardt. 30. Schmiedegeselle Ernst Johann Ludwig Puls. Kaufmann Carl Heinrich August Pottharst. 31. Schuhmacher Carl Friedrich Brennecke. 1. Februar. Redakteur Gustav Adolf Otto Friedrich. Arbeitsmann Johann Heinrich Carl Koop. Schmiedegehülfe Johann Heinrich Christian Wulf 2 Februar. Flußschiffer Johannes Wilhelm Daniel Stühf. Locomotivführerling Johann Friedrich Theodor Heise. Arbeitsmann Thomas Hojan. Höker August Heinrich Ulmitzer. 3. Fabrikarbeiter Otto Johann Wilhelm Schötz. Arbeitsmann Heinrich Joachim Friedrich Spindler. Arbeitsmann Johann Jürgen Hinrich Weimann. 4. Arbeitsmann Johann Hinrich Friedrich Plagmann (Krempeldorf). Arbeitsmann Heinrich Carl Christian Memmert. Schiffszimmermann Asmus Hinrich Zach. Prokurist Ernst Friedrich Heinrich Jürgen Voje. 5. Dampfschiffsheizer Johann Friedrich Wilhelm Benthien. Landwirth Georg Julius Philipp Grote. Gefangenaufseher Johann Peter Hinrich Främke. 6. Arbeitsmann Jochim Hinrich Ludwig Stüwe. Diätar am Steuerbureau Johann Heinrich August Hornschuh. Klempner Wilhelm Moritz Schulze. 8. Arbeitsmann Sven Andersson.

Sterbefälle.

2. Februar. Catharine Wilhelmine Caroline geborene Schleuss, Ehefrau des Tischtergehülfen Johann Heinrich Fick. Bertha Friederike Dorothea Wilhelmine geborene Neusohn, Ehefrau des Bierbrauers Hugo Julius Eduard Johannes Theodor Fleischer, 29 J. Catharine Elisabeth Sophie Magdalena geb. Frankenberg, Wittwe des Todtengräbers Carl August Schumach, vorher verw. gewes. Bartels, 78 J. Restaurateur Claus Hinrich Kiel, 40 J. 3. Frieda Martha Dorothea Baatz, 1 M. Louis Hans Holzicker, 1 J. Arbeitsmann Johann Heinrich Christian Dose, 37 J. Maria Christine Auguste geb. Wacker, Wittwe des Arbeitsmannes Johann Jochen Franz Zeuner, 53 J. Anna Chatarina geb. Caro, Wittwe des Arbeitsmannes Johann Daniel Heinrich Meyer, 75 J. 4. Martha Wilhelmine Dorothea Bohnsack, 4 J. Johanna Catharina Maria geb. Becker, Ehefrau des Schuhachers Johann Hinrich Wilhelm Fick, 36 J. 5. Wilhelmine Dorothea Henriette geb. Fischer, Ehefrau des Kaufmannes Johann Heinrich Christian Hake, 57 J. Anna Catharina Elisabeth geb. Wenck, Ehefrau des Arbeitsmannes Hans Heinrich Ludwig Mahnke, 56 J. Arbeitsmann Franz Joachim Heinrich Groth, 59 J. 6. Catharina Maria Margaretha geb. Spethmann, Ehefrau des Straßenreinigers Friedrich Matthias Conrad Becker, 64 J. 7. Maria Margaretha Elisabeth geb. Schütt, Wittwe des Arbeitsmannes Johann Joachim Heinrich Ebert gen. Evers, 57 J. Wilhelm Johannes Heinrich Carl Rönpage, 6 M. Richard Carl Friedrich Iden gen. Fickbohm, 6 J. 8. Inspektor der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft Carl Wilhelm Friedrich Dohrmann, 34 J. Glasermeister Joachim Theodor Albrecht Lüthgens, 56 J. Walther Paul Heinrich Hoffmann, 3 J.

Angeordnete Aufgebote.

Februar, 4. Schlossergeselle Friedrich Wilhelm Feist zu Holtenau und Minna Maria Elisabeth Hasselfeld. 5. Bankbeamter Wilhelm Julius Heinrich Oldenburg und Sophia Mathilde Maria geb. Griese, des Kutschers Johann Wilhelm Heinrich Oldenburg Wittwe. 6. Polizeibeamter Wilhelm Friedrich Louis Bossinger und Louise Karoline Charlotte Grebe zu Blankenburg a/H. 7. Kutscher August Friedrich Ernst Schröder und Luise Anna Bruse. Erster Steuermann Otto Carl Julius Albert Brandt zu Hamburg und Johanna Catharina Emilie Bachmann. Kutscher Johann Heinrich Wilhelm Wittfoot gen. Pape zu Vorwerk und Maria Sophia Caroline Bertha Vitense. 8. Tischlergehülfe Hans Peter Wilhelm Möller und Catharina Margaretha Elisabeth Schwarz zu Pogeez. 9. Malergehülfe Carl Wilhelm August Gühlcke und Elisabeth Catharine Mathilde Esemann zu Warnow. Bäckergeselle Georg Richard Alexander Tilchner und Caroline Petersson zu Neuengörs. Kaufmann Eduard Lüders und Maria Henriette Sophie Schetelig.

Eheschließungen.

Februar, 5. Schutzmann Adalbert Hütsch und Louise Adam zu Camberg. 6. Kaufmann Peter Ludwig Prahl und Marie Mathilde Ludovica Born. Kaufmann Ernst Wilhelm Meyer zu Hamburg und Franziska Clara Anna Elly Hofmeier. Schreiber bei der Staatsanwaltschaft Daniel Otto Georg Schulz und Ida Sophia Elise Böttger. 7. Schmiedegeselle August Ferdinand Marschall und Anna Catharina Schnack. 8. Zuschneider Carl Johannes Friedrich Meyerhoff und Helene Maria Moog. Klempnergeselle Georg Heinrich Ferdinand Zapf und Emma Henriette Marie Sophie Brockmann. Böttchergeselle Ernst Johann Heinrich Jürs und Anna Frederike Gebert. 9. Arbeiter Franz Friedrich Bernhard Bremer und Christina Catharina Dorette Möller.

„Gehen Sie!" rief er das Weib mit bebender Stimme an. „Belästigen Sie meine Mutter nicht. Was gehen uns Ihre Privatverhältnisse an!"

Die Strubel ging.

Die Mutter stand da und sah vor sich hin, dann ging sie leise zur kleinen Emma hinein, und erzählte ihr, daß nun ihr Vater gestorben sei.

Das Kind sah die Mutter ernsthaft an und schwieg. Dann, ganz allmählich, füllten sich ihre Augen mit Thränen und langsam liefen sie über die Wangen herab. Dann — als ob sie sich besänne — blickte sie um sich — dann — lächelte sie.

„Ich bin aber dumm, jetzt habe ich geweint, und ich habe ihn doch gar nicht gekannt."

Und fast stolz klang ihre Stimme, als sie ihren kleinen Freundinnen leise erzählte:

„Mein Vater ist gestorben! Ich bin jetzt eine arme Waise."

Es war ihr wie eine Erleichterung, sagen zu können: „Ich habe keinen Vater mehr, er ist gestorben!"

Wie die anderen Kinder, wie die anständigsten Waisen giebts ja so viele.

Und die Leute bemitleideten sie auch noch, jetzt — da sie es doch gar nicht mehr nöthig hatte.

Die Frau Direktor schickte doch, nach einigem Besinnen, Geld nach Karpf's Wohnung.

Auf Gemeindekosten, wie einen Bettler, beerdigen zu lassen, den Vater ihrer Kinder! Das wollte sie denn doch nicht. —

Nach zwei Tagen sagte sie zu Julius: „Geh' zum Begräbniß!"

„Nein, Mutter, das thue ich nicht!"

„Du gehst, sage ich Dir! Schau' Deinen Vater noch einmal an, draußen auf dem Kirchhof und — und — verzeihe ihm."

Widerstrebend gehorchte Julius.

Er trat auf die Steinstufen, die man besteigen mußte, um in die Leichenhalle schauen zu können.

Eine Tafel war neben dem Sarg:

„Michael Karpf, Schreiblehrer, 48 Jahre alt."

Die Lichter brannten auf beiden Seiten, auch Kränze und Blumen waren da.

Julius sah durch's Fenster hinein zum Vater, schüttelte den Kopf und las noch einmal die Tafel:

„Michael Karpf, Schreiblehrer, 48 Jahre alt."

Ja, ja, er war's wirklich.

So bleich, so schmal. So edel schien ihm das Gesicht, mit dem leise überlegenen Zug, den der Tod verleiht. So hatte er den Vater nie gesehen! Ach hätte er doch diesen Vater im Leben gekannt . . . Er weinte am offenen Grabe und kam wie gebrochen nach Hause.

„Mutter, der Vater war so schön."

„So schön!" wiederholte Frau Klara still.

„Ja, ganz anders als sonst, so schlank in seinem schwarzen Gewand — er sah wirklich vornehm aus — wie verklärt — ich hätte nie geglaubt, daß der Vater so aussehen könnte.

Die Mutter nickte stumm.

„Ich habe geweint, Mutter!"

Mit einem tiefen Seufzer, wie wenn eine Last von ihr genommen, blickte sie auf ihren Sohn.

„Gott sei gelobt, so wird er seinen Vater im Gedächtniß behalten — nicht anders."

Sie drückte die Hände zusammen. Ihr Geist sah in ferne, ferne Vergangenheit — da sie und „er" jung waren und glücklich: Da er neben ihr stand, frisch und schlank und lebensmuthig, und er ihr den ersten süßen Kuß gab. Daran konnte sie jetzt wieder lächelnd denken — jetzt — da doch Alles, Alles vorüber war. Es war wie eine längst ersehnte Erlösung — der Gedanken an holdes Jugendglück! Nie hätte sie gedacht, daß sie das noch könnte! Lächelnd!

Wie gütig, mild, Versöhnung erzwingend, ist doch der Tod! — — Wahrhaftig, niemals hätte sie das gedacht. — —

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck Große Altefähre 35/37.